

Landesinfo Baden-Württemberg



Bernd Rixinger und Gökyay Akbulut – die Doppelspitze der LINKEN für die Landtagswahl am 13. März 2016

Landtagswahl

**Rixinger auf
Sommertour** s. 5

**Flüchtlingspolitik
LINKE für Will-
kommenskultur** s. 14

**Türkei
Patriot-Raketen
abziehen** s. 22

**Kampagne
Weg mit den
Befristungen** s. 11

**Griechenland
Solidarisch mit
Syriza** s. 19

**Aus der Landespartei
Diskussion um
Palästinalpolitik** s. 24

Inhalt

- ■ ■
Spendenaufwurf zur Landtagswahl 4
- ■ ■
Die ersten Kandidatinnen und Kandidaten sind gewählt 5
- ■ ■
Armutbericht: Kinder- und Altersarmut wird beschönigt 8
- ■ ■
Linke im Gemeinderat fordert Sanktionsmoratorium beim JobCenter Mannheim 8
- ■ ■
Wohnungspolitische Irrfahrt 9
- ■ ■
„Stress an der Uni? Stress die Uni!“ 12
- ■ ■
CSD in Stuttgart 13
- ■ ■
Demo in Berlin: TTIP stoppen 18
- ■ ■
EL-Sommeruni diskutierte Zukunft Europas 23

Das nächste Landesinfo erscheint im Oktober 2015, hier werden weitere Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl vorgestellt.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 3/2015 ist der 5. Oktober 2015.

Bezug: Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint vier- bis fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Beilagenhinweis: „Klar“, Zeitung der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Landeszeitung

Herausgeber und Verlag: DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel. 0711-241045, Fax 0711-241046, e-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion: Walter Kubach (letzte Seite), Alfred Küstler, Matthias Paykowski, David Schecher, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantwortlich), Dagmar Uhlig Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung: GNN Verlagsgesellschaft, e-mail: alfred.kuestler@gnn-verlage.com

Druck: VisitYou.de, Stuttgart

Landesparteitag der LINKEN

am Samstag, 21. November, und Sonntag 22. November 2015

4 **Sängerhalle Stuttgart-Untertürkheim
Lindenschulstraße 29, 70327 Stuttgart
Beginn Samstag 10 h, Einlass ab 8.30 h.**

5 Zu diesem Landesparteitag sind in den Kreisverbänden und im Jugendverband neue Delegierte zu wählen. Der Delegiertenschlüssel wurde den Kreisvorständen am 15. April mitgeteilt und ist hier noch einmal dokumentiert. Entsprechend Landdessatzung § 12 (4) sind die Delegierten quotiert zu wählen. Wir bitten die Kreisverbände darum, die Delegierten bis spätestens Ende Oktober in geheimer Wahl zu bestimmen und das Wahlprotokoll an die Landesgeschäftsstelle einzureichen.

8 Für die Zusendung der Tagesordnung und der Antragsmaterialien bitten wir um vollständige Angabe der aktuellen Email-Adressen.

9 Auf dem Landesparteitag wird das Landtagswahlprogramm verabschiedet, über die Spitzenkandidatur entschieden, und es werden dort entsprechend Landeswahlordnung die 22 Delegierten der Landespartei für den nächsten Bundesparteitag gewählt. Die Neuwahlen des Landesvorstands, der Landesschiedskommission und der Landesfinanzrevision sind für die zweite Tagung des Landesparteitages im Mai 2016 vorgesehen.

Landtagswahlprogramm

Für die Erarbeitung des Landeswahlprogramms hat der Landesvorstand eine Programmgruppe eingerichtet. Diese sammelt und bearbeitet derzeit zahlreiche Textvorschläge und Anregungen aus den Landesarbeitsgemeinschaften, dem Jugend- und Studierendenverband sowie von Kreisverbänden. Der Entwurf des LTW-Programms wird am 27. September vom Landesvorstand als Leitantrag beschlossen und veröffentlicht. Änderungsanträge sind dann (lt. Satzung und GO des Landesparteitages) bis 25. Oktober an die Antragskommission oder die Landesgeschäftsstelle zu richten.

Dokumentenhinweis: <http://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/landesdokumente/2014-Satzung-LINKE-BW.pdf> und http://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/parteitage/2014-4lpt-2tagung/LPT2014_heft2.pdf

Geschäftsführender Landesvorstand

Delegiertenschlüssel für den Landesparteitag

Aus den in § 18 Abs. 2-3 unserer Landesatzung enthaltenen Vorgaben für den Delegiertenschlüssel ergibt sich, dass für die Amtsperiode 2015/16 den Kreisverbänden bzw. der Linksjugend die in Tabelle abgedruckten Delegiertenzahlen zustehen.

Dabei ist zu beachten, dass die Delegierten in *geheimer Wahl* und *geschlechterquotiert* gewählt werden müssen, also mindestens zur Hälfte aus Frauen beste-

hen sollen. Genaueres zum Wahlverfahren findet ihr in der Bundeswahlordnung: <http://www.die-linke.de/partei/dokumente/wahlordnungderparteiidelinke/>

Zu beachten ist ferner, dass bei der Delegiertenwahl nur jene Mitglieder stimmberechtigt sind, die bis zum Beginn der Versammlung ihre fälligen Mitgliedsbeiträge gezahlt haben. Das dabei einzuhaltende Verfahren, um dies zu garantieren, ist in § 1 der Landeswahlordnung geschildert: <http://www.die-linke-bw.de/fileadmin/lv/landesdokumente/2014-Satzung-LINKE-BW.pdf> (dort S. 19).

Für den Verhinderungsfall der Delegierten beim Landesparteitag sollten auch Ersatzdelegierte gewählt werden. Zu deren Zahl ist nichts vorgeschrieben, es empfiehlt sich aber im Regelfall in etwa so viele Ersatzdelegierte wie Delegierte zu wählen. Auch die Ersatzdelegierten sind geschlechterquotiert zu wählen. Die Reihenfolge ihrer Stellvertretung ist durch die Wahl festzulegen.

Die gewählten Delegierten und Ersatzdelegierten (in der Reihenfolge ihrer Stellvertretung) sind dann vom Kreisvorstand unverzüglich an die Landesgeschäftsstelle zu melden, zusammen mit einem Protokoll der Wahlversammlung als Beleg.

Für den Landesvorstand

Bernhard Strasdeit, Edgar Wunder

Gliederung	Zahl
KV Stuttgart	18
KV Heidelberg/Badische Bergstraße	12
KV Freiburg	10
KV Karlsruhe	10
KV Ludwigsburg	10
Linksjugend	10
KV Esslingen	8
KV Heilbronn	8
KV Mannheim	8
KV Tübingen	8
KV Böblingen	6
KV Bodensee	6
KV Hohenlohe/Schwäbisch-Hall	6
KV Ortenau	6
KV Ostalb	6
KV Pforzheim	6
KV Rems-Murr	6
KV Reutlingen	6
KV Baden-Baden/Rastatt	4
KV Breisgau-Hochschwarzwald	4
KV Calw	4
KV Göppingen	4
KV Konstanz	4
KV Kraichgau-Neckar-Odenwald	4
KV Lörrach	4
KV Ravensburg	4
KV Rhein-Hardt	4
KV Schwarzwald-Baar/Heuberg	4
KV Ulm/Alb-Donau	4
KV Biberach	2
KV Emmendingen	2
KV Freudenstadt	2
KV Heidenheim	2
KV Main-Tauber	2
KV Sigmaringen	2
KV Waldshut	2
KV Zollernalb	2

Gökay Akbulut und Bernd Riexinger

Personalvorschlag des Landesvorstandes für die Spitzenkandidatur der LINKEN in Baden-Württemberg



Gökay Akbulut, Stadträtin aus Mannheim, Wahlkreiskandidatin, und Bernd Riexinger, Parteivorsitzender und Kandidat in Stuttgart, sollen als Spitzenduo in den Wahlkampf ziehen.

DIE LINKE im Land will mit diesem Personalvorschlag deutlich machen, dass wir entschlossen sind, die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen und dass die gesamte Partei, bis zur Parteispitze darum kämpft, dieses Ziel zu erreichen und in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen.

Beide haben einen Lebenshintergrund und einen politischen Erfahrungsschatz, der uns für die zukünftige Arbeit im Landtag sehr wichtig ist.

Gökay Akbulut, als Kommunalpolitikerin in Mannheim, eine Stadt mit vielen sozialen Brennpunkten, die sich mit ihrem kurdisch-alevitischem Hintergrund auch für Integration und Teilhabe von Migranten einsetzt, gegen Rassismus und gegen Ausgrenzung.

Bernd Riexinger, der es als Gewerkschafter von der Pike auf zu tun hatte mit den Interessen von abhängig Beschäftigten. Der mit Menschen zusammenarbeitet, die darauf angewiesen sind,



dass der gesellschaftliche Reichtum nicht nur oben ankommt, sondern auch bei ErzieherInnen, bei Pflegekräften, bei VerkäuferInnen und bei Beschäftigten in der Industrie und im öffentlichen Dienst.

Mach mit! Gemeinsam für eine starke LINKE im Landtag!

Liebe Mitglieder,
Wir stecken voll in den Vorbereitungen zur Landtagswahl am 13. März 2016. Im Moment werden in allen Wahlkreisen unsere Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Wir sammeln an manchen Orten bereits die notwendigen Unterschriften für den Wahlantritt, bilden unsere Wahlkampfstrukturen und bereiten die Wahlkampagne vor. Mit Gökay Akbulut, Stadträtin aus Mannheim und Bernd Riexinger, dem Parteivorsitzenden der LINKEN, hat der Landesvorstand zwei profilierte Spitzenkandidaten vorgeschlagen. Im Zentrum unseres Wahlkampfes steht die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit in Baden-Württemberg. Konkret wollen wir Befristung und Leiharbeit stoppen, gegen die steigenden Mieten kämpfen, uns für mehr Personal in den Pflege- und Gesundheitsbereichen einsetzen, den sozial-ökologischen Umbau voran bringen und wir wollen die Umverteilungsfrage wieder stellen. Kurz: wir wollen dort Politik zu machen, wo Grün-Rot in den letzten vier Jahren versagt hat.

Wir müssen im Wahlkampf klar machen, dass es ohne DIE LINKE im Landtag kein Umdenken in der Landespolitik geben wird. DIE LINKE wirkt eigenständig und als soziales Gewissen der anderen Parteien in Baden-Württemberg. Dabei ist es egal wer gerade

regiert! Mit der LINKEN im Landtag sind alle gezwungen, sich zu unseren Forderungen zu verhalten. Wir machen den Unterschied. DIE LINKE steht bei den Umfragen in Baden-Württemberg bei knapp 5%, der Einzug ist möglich. Die Grünen und die SPD haben bereits erklärt, dass sie nicht mit der LINKEN koalieren werden, sie biedern sich schon jetzt der CDU an. Natürlich werden Grüne und SPD wieder behaupten, wer DIE LINKE wählt, wählt CDU. Das ist falsch: wer DIE LINKE wählt, wählt soziale Gerechtigkeit! Mit der Politik der letzten Jahre haben Grüne und SPD für ein Comeback der CDU gesorgt und haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn ihnen die Wählerinnen und Wähler nicht treu bleiben.

Den Wahlkampf gewinnen wir aber nicht dadurch, indem wir uns an den anderen Parteien abarbeiten. Wir müssen die Wählerinnen und Wähler von unseren guten Positionen überzeugen. Dazu müssen wir sie erreichen. Am besten geht dies natürlich im direkten Gespräch, fangt im Freundes- und Bekanntenkreis an und macht mit euren Kolleginnen und Kollegen weiter. Es ist klar, dass wir nicht mit allen Wählerinnen und Wählern sprechen können, aber wir sollten wenigstens dafür sorgen, dass sie unsere Positionen sehen und lesen können. Es wird wieder Plakate

in den unterschiedlichen Größen geben. Dafür brauchen wir beim Auf- aber auch beim Abhängen jede helfende Hand.

LinkeLandeszeitung

Unser wichtigstes Material wird unsere Wahlkampfzeitung. Im September wird noch eine Vorwahlkampf-Ausgabe von LinkeLandeszeitung erscheinen. Dann, im Februar/März wollen wir die Wahlkampfzeitung (eine Million Auflage) verteilen. Wenn jedes Mitglied der LINKEN einmal im Wahlkampf in seiner Nachbarschaft Zeitungen in die Briefkästen stecken würde, wäre schon viel gewonnen. Wir planen auch kurze Verteilungsaktionen vor Betrieben, Krankenhäusern oder Supermärkten. Wir wissen, Zeit ist knapp und wegen den großen Entfernungen haben nicht alle Mitglieder die Möglichkeit, sich regelmäßig mit Material zu versorgen. Deswegen bieten wir schon im Vorwahlkampf an, dir ein kleines Päckchen nach Hause zu schicken. Dann kannst du selbst entscheiden wann du deine Nachbarschaft mit unserem Material beglückst und dir deine Zeit einteilen. Alle Information dazu findest Du im Kasten unter dem Text.

Es wäre schön, wenn sich möglichst viele Mitglieder nach ihren Möglichkeiten in den Wahlkampf einbringen können. Es gibt viele Gelegenheiten, vom

schon beschrieben Zeitung verteilen oder dem Mithelfen beim Infostand bis hin zum Plakate aufhängen oder selbst eine kleine Veranstaltung im Wahlkampf zu organisieren. Du kannst alleine arbeiten oder mit anderen zusammen! Dafür brauchen wir Rückmeldungen an die Wahlkampfverantwortlichen in den Kreisverbänden oder die Landesgeschäftsstelle. Wer sich meldet wird in den nächsten Monaten regelmäßig über die Fortschritte im Wahlkampf und weitere Angebote zur Beteiligung informiert, telefonisch oder per Mail.

Die Wahlkampfmaterialien werden im Lauf des Januar ausgeliefert. Die Personenflyer für die Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen versuchen wir schon früher zu produzieren. Über die Landesgeschäftsstelle kannst Du alle wichtigen Informationen bekommen. Gerne stellen wir Dir auch den direkten Kontakt zu unseren Wahlkampfverantwortlichen in den Kreisen her, damit du dich direkt in deiner Region am Wahlkampf beteiligen kannst. Wir wollen regelmäßig vor Ort Wahlkampftreffen machen, vielleicht sehen wir uns ja dort!

Es gibt viel zu tun, also packen wir es an!

Gregor Mohlberg, Sahra Mirow, Walter Kubach, Bernhard Strasdeit (Landeswahlbüro)

Zum Weitergeben oder Ausfüllen

Im Wahlkampf möchte ich...

- bei Infoständen mitmachen.
- beim Plakate aufhängen helfen.
- Zum Zeitungen/ Material verteilen in meinem Umfeld, bestelle ich:
- 100 200 500 Stück
- Ich möchte noch mehr verteilen: Stück

Name, Vorname:

PLZ/Wohnort:

Straße/Nr.:

Telefon:

Emailadresse:

Geburtsdatum:

Für den Wahlkampf habe ich noch folgende Idee:

.....

.....

Bitte ausschneiden und an die Landesgeschäftsstelle schicken.
Du kannst dich auch direkt in der Landesgeschäftsstelle melden; dort bekommst du auch den Kontakt zu den Kreiswahlkampfverantwortlichen in deinem Kreisverband.

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, info@die-linke-bw.de

„Je stärker DIE LINKE, desto sozialer wird Baden-Württemberg“

Spendenaufruf für den Landtagswahlkampf 2015/2016

DIE LINKE fehlt im Landtag Baden-Württemberg. Das ist eine Erfahrung, die viele gemacht haben, die von den nicht eingehaltenen Wahlversprechen von Grünen und SPD enttäuscht sind.

Dazu Heidi Scharf, Landessprecherin der LINKEN:

„Wir treten als konsequent linke Kraft an. Es kommt in diesem Wahlkampf nicht allein auf Regierungskonstellationen an sondern auch darauf, dass soziale Interessen im Landtag nicht weiter unter den Tisch fallen und dass antifaschistische und Antikriegskräfte zu Wort kommen und stärker gehört werden. Unser Einzug in den Landtag würde auch dazu führen, dass sich die herrschenden Parteien im einen oder anderen wichtigen Punkt nach links bewegen müssen. So wie sie es im Bundestag auch machen mussten. Ohne DIE LINKE gäbe es z.B. keinen Mindestlohn und wäre die Praxisgebühr nicht abgeschafft worden. Deshalb: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer wird Baden-Württemberg.“

Der Landesvorstand hat einen Wahlkampffonds für den Landtagswahlkampf eingerichtet und mit der Spendensammlung begonnen.

Wir bitten deshalb alle Mitglieder und alle, die die Partei DIE LINKE unterstützen:

Spendet für den Landtagswahlkampf 2015/2016 in Baden-Württemberg.

Der Wahlkampf kostet sehr viel Geld und wir werden nicht wie CDU, Grüne, SPD und FDP in Baden-Württemberg gesponsert aus Konzernetagen und vom Metallarbeitgeberverband „Gesamtmetall“.

Spenden sind auch gezielt für den Wahlantritt im eigenen Wahlkreis möglich.

Zudem bitten wir alle Mitglieder: Prüft, ob Ihr Euren Monatsbeitrag anheben könnt. Schon ein Euro im Durchschnitt im Monat mehr trägt dazu bei, wichtige Mittel für die Präsenz und die Politik im Land zu sichern, wie die Regionalbüros oder die „LinkeLandeszeitung“.

Bis zur Landtagswahl wollen wir das Ziel: „10 Euro Beitrag monatlich im Landesdurchschnitt – solidarisch“ erreichen. Wir wissen, nicht alle Mitglieder können 10 Euro Monatsbeitrag zahlen. Aber manche können vielleicht etwas mehr zahlen als bisher – solidarisch.

Wir wünschen allen Mitgliedern und allen Freundinnen und Freunden der LINKEN in Baden-Württemberg erholsame Urlaubstage.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides, Sahra Mirow, Barbara Rochlitzer, Heidi Scharf, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit

Bankverbindung:

DIE LINKE Baden-Württemberg,

Postbank Stuttgart

IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00,

BIC: PBNKDEFF

(BLZ: 600 100 70, Konto: 289 5827 00)

Stichwort: Landtagswahlkampf

Bitte Absender der Spende und ggf. Wahlkreis angeben



Proteste bei Bombardier – Am 13. Juli ziehen 600 Beschäftigte während einer Betriebsversammlung vor das Tor, um die Presse zu empfangen (großes Bild: H. Roos). Kleine Bilder: Bernd Riexinger, MdB Michael Schlecht und Stadträtin Gökay Akbulut am 15. Juli im Gespräch mit den Betriebsräten von Bombardier.

DIE LINKE bei Bombardier in Mannheim ...

Die Produktion von Bombardier in Mannheim soll nach Spanien verlagert werden. DIE LINKE unterstützt die Betriebsräte in ihrem Kampf gegen diese Standortverlagerung und suchte das Gespräch mit Betriebsräten und Vertrauensleuten. Zusammen mit dem Mannheimer LINKE-Abgeordneten Michael Schlecht und der Stadträtin Gökay Akbulut besuchte der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger, vergangenen Mittwoch das Werk in Mannheim-Käfertal.

„Die Verlagerung von mehreren hundert Jobs zur Profitsteigerung ist inakzeptabel. Das ist Standortpolitik auf dem Rücken der Beschäftigten“, so Riexinger. „Ich werde die Betriebsräte und

Vertrauensleute bei Bombardier nach besten Kräften in ihrem Kampf gegen diese Schließung unterstützen. Die Verlagerung der Produktion hat nicht nur Auswirkungen auf Mannheim, sondern auf die ganze Region“, so der Mannheimer Abgeordnete Michael Schlecht.

Neben dem Verlust der Arbeitsplätze steht aber auch die Befürchtung im Raum, dass auch Bereiche der Entwicklung indirekt gefährdet sein könnten. „Bombardier stellt unter anderem das Primove-System für die Induktionsbusse in Mannheim her.

Ich hoffe sehr, dass die Auslagerung der Produktion hierauf keine Auswirkungen hat“, so die Mannheimer Stadträtin Gökay Akbulut.

... und bei einer Wohngruppe für jugendliche Flüchtlinge in Mannheim

Politik von der Ladefläche eines Lasters herunter – für Bernd Riexinger nichts Neues: Der Parteichef der Linken tourt derzeit durchs Land, Auftritte wie der gestern vor dem Hauptbahnhof, wo die Partei auf die prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse von immer mehr Menschen aufmerksam machen wollte, gehören selbst bei der Hitze derzeit zum politischen Tagesgeschäft.

Riexinger nutzte freilich seinen Mannheim-Trip auch zu einer Visite in der Landeserstanlaufstelle (LEA) für Flüchtlinge, er besuchte eine Wohngruppe jugendlicher Asylbewerber, die ohne Eltern geflüchtet sind, und ließ es sich nicht nehmen, sich bei Bombardier, wo bis zu 200 Arbeitsplätze in der Produktion auf der Kippe stehen, zu informieren. Was er gesehen hat von der Stadt, habe ihn beeindruckt, sagte der Linken-Chef, „die Zahl der Flüchtlinge zu bewältigen

und die Menschen unterzubringen nach ihrem Aufenthalt in der LEA, ist für die Mitarbeiter dort eine echte Herausforderung“. Die vorhandenen Strukturen dafür hinkten hinterher, davon habe er sich überzeugen können“, die Politik hat schlicht nicht rechtzeitig auf diese absehbare Entwicklung reagiert“.

Die Wohngruppe, in der fünf jugendliche Flüchtlinge, die ohne Eltern hier angekommen sind, leben, hat selbst den gestandenen Polit-Profi dann doch überrascht: „Das ist vorbildlich, was die Betreuer, die Sozialarbeiter dort leisten“, und auch die Jugendlichen selbst nötigten ihm höchsten Respekt ab: „Die wollen, die haben großes Interesse daran, ihren Schulabschluss zu machen und eine Ausbildung anzustreben – so sollte es laufen, vorbildlich!“

Quelle: Mannheimer Morgen, Donnerstag, 16.7.2015

Riexinger bei der Firma Werzalit in Oberstenfeld

Am ersten Tag seiner Sommertour besuchte Bernd Riexinger die gekündigten Beschäftigten der Firma Werzalit in Oberstenfeld, Kreis Ludwigsburg. Bei einer Versammlung vor dem Werkstor mit über hundert Personen, zum Teil auch Familienangehörige, sprach Bernd Riexinger den kämpfenden Beschäftigten Mut zu und versprach diesen Skandal bundesweit bekannt zu machen. Obwohl alle ihren Kündigungsschutzprozess gewonnen haben, verweigert der Arbeitgeber den Gekündigten den Zutritt zum Betrieb. Am 10. Juli nahmen Kollegen und Betriebsräte der Firma Werzalit auf Einladung von Michael Schlecht und Karin Binder teil an der Veranstaltung der Bundestagsfraktion in Esslingen zum Thema „Arm trotz Arbeit“. Dort sprachen u.a. die Verdi-Landesvorsitzende Leni Breymeier und der Arbeitsrechtler Prof. Wolfgang Däubler. Auf der gut besuchten Konferenz kamen zahlreiche Betroffene zu Wort, die aus ihrem Alltagsleben berichteten.

Reutlingen: Jessica Tatti macht das Rennen

13.6.2015. Einstimmig zur Landtagskandidatin für den Wahlkreis 60 gekürt wurde jetzt Jessica Tatti von Mitgliedern der Linken. Die 34-Jährige sitzt seit der laufenden Legislaturperiode für die Linke Liste im Reutlinger Gemeinderat. Von Beruf Sozialarbeiterin ist sie außerdem im Kreisvorstand der Linken Reutlingen und im Landesvorstand der Linkspartei engagiert. Zum Ersatzkandidaten wurde von der Versammlung im Haus der Jugend Timo Widmaier (21) bestellt, der seit den letzten Kommunalwahlen für die Linke im Jugendhilfeausschuss des Reutlinger Kreistags aktiv, von Beruf Fachinformatiker und in der Reutlinger Zelle aktiv ist.



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

DIE LINKE fehlt im Landtag, als soziales Gegengewicht zur unszialen Politik der großen Parteien. Egal wer das Land regiert, es braucht eine Partei im Landtag, die die Interessen von Menschen mit niedrigen Einkommen vertritt.

Auf Mappus und seine CDU folgte 2011 Kretschmann.

Wirkliche Verbesserungen gab es aber nicht:

Keine gebührenfreien Kitas, kein Mehr an bezahlbaren Wohnungen, keine wirksamen Maßnahmen gegen Kinderarmut und Niedriglöhne, kein Atomausstieg, keine Aufklärung in Sachen NSU-Morde, keinen Politikwechsel. Nur wir machen richtig Druck - unterstützen Sie uns!



Bernd Riexinger
Parteivorsitzender der LINKE
ehem. verdi-Geschäftsführer
im Bezirk Stuttgart

■ Befristung und Leiharbeit stoppen - Schluß mit prekärer Beschäftigung

Hunderttausende arbeiten in Jobs, von denen man kaum leben kann. Gerade junge Menschen haben einen befristeten Job nach dem anderen. Jede dritte berufstätige Frau arbeitet in Teilzeit. Ministerpräsident Kretschmann will Regelungen zum Mindestlohn weiter durchlöchern. DIE LINKE fordert ein Ende von Befristungen und Leiharbeit. Öffentliche Aufträge müssen an soziale und tarifliche Mindeststandards gekoppelt werden.

■ Teilhabe statt Ausgrenzung. Mindestsicherung statt Hartz IV

Langzeitarbeitslosigkeit und Altersarmut sind auch in Baden-Württemberg die Realität. Viele Menschen sind - als HartzIV-AufstockerInnen - arm trotz Arbeit. Wir wollen Teilhabemöglichkeiten für alle und bundesweit eine Mindestsicherung und Mindestrente statt Zwang und Schikanen. Die Ausgrenzung durch Armut muss beendet werden.

■ Nein zu Armut in einem reichen Land

Millionen Menschen mit geringem oder keinem Einkommen stehen wenige Superreiche und wenige Großkonzerne gegenüber. Baden-Württemberg ist ein reiches Land, doch der Reichtum ist falsch verteilt. Grün-Rot will daran nichts ändern, aber über die Schuldenbremse Land und Kommunen kaputt sparen. Sowohl CDU, als auch SPD und Grüne im Land lehnen

Erbschaftsteuern auf große Betriebsvermögen und Einkommen ab. Unsere Schuldenbremse heißt Vermögenssteuer. Wir werden Druck machen für steuerliche Umverteilung und soziale Gerechtigkeit.

■ Mieten bezahlbar für alle

Die Mieten im Land sind in den letzten Jahren enorm gestiegen. Viele zahlen die Hälfte ihres Einkommens für die Miete. Jedes Jahr gibt es 5000 Sozialwohnungen weniger. Wir brauchen endlich ein wirksames Landesförderprogramm, das den Bestand an bezahlbaren Wohnungen in öffentlichen Besitz wieder deutlich erhöht. Wir fordern Mietpreisstopp und Millieuschutz in städtischen Zentren, günstiges Bauland aus Bundes- und Landesigentum, Förderung von kommunalen Trägern, genossenschaftlichen und Non-Profit-Projekten statt Subvention von Heuschrecken auf dem Wohnungsmarkt.

■ Gebührenfreie Kitas und Schulesen statt Kinderarmut

Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Ihre Erziehung, ihre Bildung und ihr Wohl sollten der Gesellschaft mehr wert sein als bisher. Doch die SPD hat ihr zentrales Wahlversprechen aus dem Jahr 2011 gebrochen, im ersten Schritt ein gebührenfreies Kitajahr einzuführen. Kitas müssen gebührenfrei sein. Wie in Bayern sollte der Weg zur Schule kostenfrei sein, ebenso das Schul- und Kitaessen. Auch Ganztagesangebote müssen für alle zugänglich sein und dürfen nicht vom Geldbeutel abhängen.

■ Beste Bildung für alle - von der Kita bis zur Uni

Jeder Schritt zur Gemeinschaftsschule ist ein Schritt weg von sozialer Auslese bei der Bildung. Doch dazu braucht es gute Schulen in jedem Kreis. Der grüne rote Lehrstellenabbau verhindert das. Gute Bildung muss alle einbeziehen, auch Migranten oder Menschen mit Behinderung. Die Bildungslandschaft bleibt ein Flickenteppich. Lernmittelfreiheit ist nicht durchgesetzt. Die Umsetzung von Gemeinschaftsschulen bleibt inkonsequent. Noch immer ist die Streichung von 3200 Lehrerstellen im Land geplant.

■ Sozialticket einführen - Bus und Bahn ausbauen

Die Benutzung von Bus und Bahn muss allen möglich gemacht werden. In Stadt und Land und unabhängig vom Einkommen. Gut ausgebaut Bus- und Bahnangebote in der Fläche sind sinnvollere Investitionen als das Milliardengrab Stuttgart2 1.

■ Sozial-ökologisches Investitionsprogramm statt Atomkraft & Lobbypolitik

Vier Jahre nach Fukushima laufen immer noch die Atommeiler im Land und Fessenheim. Auch die landeseigene EnBW tut zu wenig für die Energiewende. Stattdessen zahlen wir alle mit teuren Strompreisen in die Kasse der Energiekonzerne. Nur mit einem sozial-ökologischen Investitionsprogramm kommt die Energiewende in Gang. Und mit Sozialtarifen sorgen wir dafür, daß nicht die Ärmsten dafür zahlen.

■ Respekt und gute Löhne in Pflege und Gesundheit. Krankenhäuser erhalten

Pflege und Gesundheitsberuf sind seit langem unterbezahlt. Wir fordern gute Löhne in allen Gesundheitsberufen, eine bessere Ausstattung mit Personal und Respekt für die Beschäftigten und PatientInnen. Wir fordern eine ordentliche Ausstattung der Krankenhäuser durch das Land und eine Absicherung der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum statt Krankenhausschließungen.

■ Keine Privatisierung, kein Verkauf öffentlicher Eigentums

Wohnungen, Energie und Nahverkehr gehören ebenso wie Gesundheit und Bildung zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie dürfen nicht weiter privatisiert werden. Wer mit Krankenhäuser Profite machen will, spart an unserer Gesundheit. Auch deshalb lehnen wir das Freihandelsabkommen TTIP ab: weil dadurch noch mehr öffentliche Aufgaben dem freien Markt unterworfen werden sollen.

■ Nazis und Rassisten stoppen - Verfassungsschutz auflösen

Die rassistischen Verbrechen der NSU und der Mord in Heilbronn haben gezeigt, dass Naziterror vor unserer Haustür existiert und der Verfassungsschutz Teil des Problems ist und nicht die Lösung. Die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nazistrukturen ist zu beenden und alle V-Leute sind abzuschalten. Zivilcourage ist nötig und gemeinsam mit MigrantInnen und Migranten für eine demokratische und soziale Gesellschaft zu streiten. Der Verfassungsschutz gehört aufgelöst und ersetzt durch ein Landesamt für Demokratie und Bürgerrechte.

■ Hilfe für Flüchtlinge statt Hetze und Rassismus

Flüchtlinge müssen menschlich aufgenommen und behandelt werden. Doch Grün-Rot schiebt weiter ab, auch Familien, auch in Krisengebiete. Menschen in Not verdienen unsere Solidarität. Wir wollen, dass sie hier arbeiten dürfen und nicht in heruntergekommenen Baracken hausen müssen. Deshalb brauchen die Kommunen mehr Geld von Land und Bund. Die Kosten für die Unterbringung, Gesundheit und soziale Betreuung müssen vom Land finanziert werden.

■ Direkte Demokratie statt Klüngelei

Mitbestimmung von der Schule bis zum Betrieb, von der Kommune bis ins Land. Mehr Bürgerentscheide und Direktwahl der Landräte statt Klüngelei. Streikrecht erhalten und Solidarität mit den Beschäftigten bei Streiks. DIE LINKE will mit Ihnen Politik machen. Unterstützen Sie uns.

Bodensee: Roberto Salerno tritt für „Die Linke“ an

Der „Südkurier“ berichtete über den Kandidaten der Linken im Bodenseekreis, Roberto Salerno:

Der 51-Jährige tritt nach der Landtagswahl 2011 erneut für „Die Linke“ an. Für die Wahlen 2016 rechnet er sich gute Chancen aus.

Er ist Betriebsrat bei ZF und Kreisratsmitglied im Bodenseekreis, jetzt will Roberto Salerno für „Die Linke“ in den Landtag. Der 51-Jährige wurde kürzlich bei der Mitgliederversammlung einstimmig als Kandidat für den Wahlkreis 67 gekürt. Für Roberto Salerno ist es bereits die zweite Kandidatur. „2011 hat es nicht ganz gereicht. Prognostiziert wurden damals zwischen fünf und sechs Prozent. Doch dann kam Fukushima. Die ökologische Energiegewinnung spielt auch für die Linke eine große Rolle, doch die Wähler haben bei diesem Thema nicht in erster Linie an uns gedacht“, erklärt der zweifache Familienvater aus Meckenbeuren. Für die Landtagswahl 2016 ist er optimistisch. An der Basis sei sehr viel passiert. Bei der Kommunalwahl hätten die Linken deutlich zugelegt, auch im Kreistag sitzt er inzwischen nicht mehr als einziger Vertreter seiner Partei.

Von der ersten Kandidatur kann Roberto Salerno eigenen Angaben zufolge auch jetzt profitieren. „Ich habe mich damals im Wahlkampf wahnsinnig tief in die verschiedensten Themen eingearbeitet. Das war wie ein Kurzabitur



Es ist mir ein Anliegen, dass ich mich fachlich sehr gut auskenne“, betont er. Als freigestellter Betriebsrat bei ZF könne er mit seiner Stimme etwas für die Menschen und die Arbeitswelt bewegen. In der Land-

despolitik möchte er das fortsetzen, was er auf Kreisebene begonnen hat. „Natürlich geht es auf dieser Ebene um mehr Menschen, doch die Themen und Probleme sind doch ähnlich gestrickt. Thematisch liegt ihm insbesondere die Bildungspolitik am Herzen. Als Befürworter der Gesamtschule habe er das dreigliedrige System schon immer kritisch gesehen.

„Bei der Gesamtschule muss man auf kleine Klassen und genügend Lehrkräfte achten. Wenn hier an Lehrern gespart wird, dann geht es schief.“ Im Bildungsbereich bewege man sich derzeit nur noch im Mittelfeld. „Wir haben keine Rohstoffe, daher ist die Bildung unsere einzige Kraft.“

Als weiteres wichtiges Stichwort in

seinem Wahlkampf nennt er die Wirtschaftsökonomie. „Entscheidend ist dabei, dass der Mittelstand und kleine Unternehmen – vom Landwirt bis zum Handwerker – nicht unter die Räder kommen. Noch haben wir einen starken Mittelstand, aber auch hier bröckelt es“, betont Salerno. Anders als die Industrie hätten diese Gruppen keine starke Lobby. „Es kann nicht sein, dass Steuerschlupflöcher für die Großen den Mittelstand weiter belasten.“

Mit einer gerechteren Steuerpolitik könnte auch die Armutsbekämpfung weiter vorangebracht werden. „Wir brauchen eine Grundsicherung, mit der die Menschen tatsächlich leben können, denn selbst im Bodenseekreis leben viele arme Menschen.“ Darunter auch viele Flüchtlinge. „Wir müssen schauen, wo wir den Menschen helfen können und sie vor allem menschengerecht behandeln“, so Salerno weiter. Leider fehle dafür in Teilen der Bevölkerung das Verständnis. „Ich denke, dass vielen der Einblick in die Thematik fehlt. Daran können wir noch mehr arbeiten.“

Beim Thema Verkehr wünscht sich Salerno ein Konzept, das mehr auf den öffentlichen Nahverkehr eingeht. „Jeder will schnell auf den Straßen unterwegs sein, aber keine Straße direkt vor der Tür haben“, beschreibt Salerno das Dilemma. Hier könne der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs Abhilfe schaffen. „Dazu brauchen wir die Elektrifizierung der Südbahn und kürzere Taktungen im Busverkehr.“

Mit einer Vermögenssteuer könnte man viele dieser Projekte finanzieren. Auch beim Thema Steuerverschwendung müsse man stärker eingreifen. „Es ist genug Geld da, es muss nur sinnvoller verteilt werden.“ (Text und Bild: Südkurier)

Ayse Boran ist Landtagskandidatin im Wahlkreis Heilbronn

„Finger weg von unserer Betriebsrätin“ – mit diesem Slogan gingen KollegInnen der Betriebsratsvorsitzenden Ayse Boran in die Auseinandersetzung mit ihrem Arbeitgeber, einer Heilbronner Modehausfiliale.

Ayse war, wie viele Verkäuferinnen, befristet beschäftigt und mit dem Auslaufen des Vertrags wollte man sich

einer unbequemen Gewerkschafterin entledigen. Daraufhin ging Ayse mit Verdi und viel Unterstützung aus der Belegschaft und aus der Bevölkerung in eine arbeitsrechtliche Auseinandersetzung. Und Ayse hat gewonnen! Sie ist weiterhin da, für ihre Kolleginnen vor Ort. Die 30-jährige sieht aber auch die Grenzen der Betriebsratsarbeit. Denn die gesetzlichen Rahmenbedingungen setzt der Gesetzgeber, setzt die Politik. Leiharbeit, Befristungen und Minijobs sind nicht vom Himmel gefallen, sondern wurden durch Parteien eingeführt und erweitert. Boran möchte deshalb ihre gewerkschaftliche Arbeit durch Engagement in der Politik erweitern. Im Wahlkreis Heilbronn tritt sie als Kandidatin für DIE LINKE zur Landtagswahl 2016 an. – Auch um die Lebensverhältnisse der jungen ArbeitnehmerInnen zu verbessern.

DIE LINKE Schwäbisch Hall/Hohenlohe wählte die KandidatInnen für die Landtagswahl

Am 19. Juli trafen sich die Mitglieder der LINKEN im Naturfreundehaus Lemberg, um ihre KandidatInnen und ErsatzkandidatInnen für die Landtagswahl 2016 festzulegen. Eingeladen war auch die Landessprecherin Heidi Scharf, die in ihrer Rede auf die wichtige Rolle einer linken Opposition im Landtag einging. Im Frühjahr 2016 müsse der Sprung in den Landtag möglich sein.

Im Wahlkreis Hohenlohe wurde Ernst Kern als Kandidat für Hohenlohe nominiert. Als Ersatzkandidat wurde Kai Bock gewählt. Für den Wahlkreis Schwäbisch Hall wurden Kai Bock als Kandidat und Silvia Ofori als Ersatzkandidatin nominiert.

Ernst Kern wies auf die Verantwortung, die das Land gegenüber den Kommunen hat, hin. Insbesondere wenn es um die Finanzierung im Gesundheits- und Pflegebereich, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Finanzierung von Flüchtlingsunterkünften geht.

Kai Bock sprach sich gegen Leiharbeit und Werksverträge aus, forderte kostenloses Mittagessen in KiTas und Schulen und beitragsfreie Kinderbetreuung sowie eine zügigere und bürgernahe Umsetzung der Energiewende. Außerdem verurteilte er die immer häufiger werdenden Angriffe gegenüber Flüchtlingsunterkünften.

Silvia Ofori wies auf die dringende Notwendigkeit hin, Politik in globalen Zusammenhängen zu sehen. „Dass Griechenland jetzt der Hinterhof von Deutschland ist, ist nicht zu fassen. Soziale Standards werden aus Deutschland und Brüssel diktiert. Nicht



nur in Griechenland, auch in sog. Entwicklungsländern ist der deutsche und europäische Einfluss enorm. Rohstoffquellen werden gesichert – zu günstigen Bedingungen.“

Mit einem Hinweis auf den bevorstehenden Besuch des Parteivorsitzenden Bernd Riexinger am 31. Juli in Schwäbisch Hall und dem Aufruf die notwendigen 150 Unterschriften pro Wahlkreis schnell zu sammeln, endete die Versammlung.

Mit dem Stuttgarter Hannes Rockenbach will die LINKE in den Landtag einziehen



Mit dem Stuttgart-21-Gegner und SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbach will die LINKE in Stuttgart zur Landtagswahl im März kommenden Jahres punkten. Er tritt in einem der vier Stuttgarter Wahlkreise als Direktkandidat an.

Linke kritisiert Geheimniskrämerei bei Armutsbericht Alarmierende Zunahme von Kinder- und Altersarmut soll beschönigt werden

Die Linke Baden-Württemberg kritisiert die Nichtveröffentlichung des Armuts- und Reichtumsberichts, der am Montag in Stuttgart vom Sozialministerium mündlich vorgestellt worden war, aber nicht gedruckt oder elektronisch verschickt werden darf.

Die für den Sommer angekündigte Veröffentlichung werde nun offenbar zurückgestellt, bis das Kabinett den Bericht genehmigt hat. Offenbar, so Landesgeschäftsführer Bernhard Strasdeit, soll so aus wahlkampfaktischen Gründen vom eigenen Versagen abgelenkt werden: „Der Landesregierung fehlt das soziale Gewissen, sie hat die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in arm und reich nicht ernst genommen.“

Die vom Statistischen Landesamt präsentierten Zahlen zeigen, dass 45% der Kinder alleinerziehender Eltern im Land in Armut oder an der Schwelle zur Armut leben.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband berichtet, dass viele Menschen auf Grund der hohen Mieten von Wohnungslosigkeit bedroht oder schon wohnungslos sind.

Alarmierend seien die Zunahme der Altersarmut sowie die Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit.

Zwar habe Baden-Württemberg mit 11,4% eine der niedrigsten Armutsquoten, gemessen am Einkommens- und Preisniveau liege sie aber mit 14,8% so hoch wie im Bundesdurchschnitt und steige weiter trotz guter Konjunktur. Zudem gebe es erhebliche regionale Unterschiede, in den Städten, etwa in der Region Mannheim, sei die Armut doppelt so hoch wie am Bodensee. Die Linke stimmt dem Paritätischen Wohlfahrtsverband zu, der eine konsequente Politik der Armutsbekämpfung fordert, etwa beim Wohnungsbau oder in der Familienpolitik.

LINKE im Gemeinderat fordert Sanktionsmoratorium beim JobCenter Mannheim

DIE LINKE im Mannheimer Gemeinderat fordert in einem Antrag, dass bis auf weiteres die Verhängung von Sanktionen beim JobCenter Mannheim ausgesetzt wird. Außerdem soll die Verwaltung darüber informieren, wie viele Sanktionen aus welchem Grund seit 2013 verhängt wurden, wie viele Gerichtsverfahren in diesem Zusammenhang angestrengt wurden und wie diese gegebenenfalls ausgingen.

Die beiden linken StadträtInnen Gökyak Akbulut und Thomas Trüper sehen sich mit ihrem Antrag durch das Sozialgericht Gotha bestätigt. Dessen 15. Kammer hatte unter dem Aktenzeichen S 15 AS 5157/14 mit Beschluss vom 26. Mai 2015 ein Verfahren gegen das JobCenter Erfurt bis zur weiteren Klärung durch das Bundesverfassungsgericht ausgesetzt, weil es vermutet, dass die Sanktionsparagrafen 31 und 32 möglicherweise verfassungswidrig seien.

Fragen des Sozialgerichts Gotha an das Bundesverfassungsgericht:

„1. Ist § 31a i.V.m. § 31 und § 31b SGB II (...) insoweit mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz i.V.m. Art. 20 Abs. 1 Grundgesetz – Sozialstaatlichkeit – und dem sich daraus ergebenden Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums vereinbar, als sich das für die Sicherung des soziokulturellen Existenzminimums maßgebliche Arbeitslosengeld II auf Grund von Pflichtverletzungen um 30 bzw. 60% des für die erwerbsfähige leistungsberechtigte Person maßgebenden Regelbedarfs mindert bzw. bei weiteren Pflichtverletzungen vollständig entfällt?

2. (...) insoweit mit Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG vereinbar, als Sanktionen, wenn sie zu einer Lebensgefährdung oder Beeinträchtigung der Gesundheit der Sanktionierten führen, gegen das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit verstoßen?

3. (...) insoweit mit Art. 12 GG vereinbar, als Sanktionen gegen die Berufsfreiheit verstoßen?“

Verweigerung des Existenzminimums und sinnloses „Fordern“

Neben der endlich von einem Gericht geäußerten Vermutung, die Verweigerung des Existenzminimums verstoße gegen das Grundgesetz, gibt es einen weiteren Grund, den die linken Stadträte für ihren Antrag ins Feld führen: Die Willkür des „Forderns“.

Unter der Maßgabe: „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ werden Leistungen nach SGB II nur gewährt, sofern die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen sich lückenlos allen Vorgaben der SachbearbeiterInnen des Jobcenters unterwerfen, auch wenn z.B. die Sinnhaftigkeit und Qualität verordneter Maßnahmen durchaus anzuzweifeln sind. Sprichwörtlich sinnlos sind die „Bewerbungstrainings“ in Serie, denen sich viele Erwerbslose im JobCenter aussetzen müssen. Außerdem werden die Erwerbslosen häufig zur Arbeitsaufnahme unter einem für ArbeitnehmerInnen nicht akzeptablen Sozialstandard und oft auch in großer Entfernung vom Wohnort gezwungen. Dies leitet sich aus den sog. Zumutbarkeitsregelungen des § 10 SGB II ab.

Sonderthema „JumpPlus“: Sogar die ARD interessiert sich

Ein besonderer Missstand, den die LINKE in Mannheim schon lange kritisiert, sind die Verfahrensweisen gegenüber erwerbslosen Menschen unter 25 Jahren. Aus dem Recht auf Ausbildung bzw. Arbeit dieser Menschen (§ 3 Abs. 2 SGB II) wird eine sofortige Arbeits- oder Maßnahmenpflicht abgeleitet. Dieser Zwang wird am Mannheimer JobCenter im Bereich „Junges Mannheim“ („JumpPlus“) besonders „erfolgreich“ umgesetzt mit dem Ergebnis einer Jugendarbeitslosenquote von unter 1%. Besagter Paragraph lautet: „Erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Ausbildung oder Arbeit zu vermitteln.“

Im Juni sendete die ARD im Morgenmagazin kurz vor der OB-Wahl eine am JobCenter Mannheim gedrehte Kurzreportage: Wir funktioniert die bundesweit einmalig niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Mannheim, und funktioniert sie immer noch, nachdem eine erste PR-Kampagne der Stadtverwaltung vor zwei Jahren diese Sonderstellung publik gemacht hatte. Gezeigt wurde ein junger Mann, Mitglied einer Bedarfsgemeinschaft, der nach seiner erfolgreichen Ausbildung in einem Metallberuf einen Arbeitsvertrag erst zum 1. September bekommen hat. Er wurde bis dahin in eine Logistik-Trainingsmaßnahme in eine Übungsfir-

ma des Mannheimer Maßnahmenträgers „ad laborem“ (zu deutsch: „an die Arbeit!“) eingewiesen. Sonst hätte er bis zum 1. September die Arbeitslosenquote „belastet“. Der junge Mann zeigte sich in der Reportage äußerst kooperativ. Andere rebellieren gegen derart sinnlose Einsätze. DIE LINKE hatte übrigens vom SWR eine Anfrage bekommen, ob sie JumpPlus-Klienten zwecks Interview für diese Sendung vermitteln könne. Sie konnte, allerdings griff man nicht auf das Angebot zurück. Da hätte z.B. eine junge Frau mit Realschulabschluss berichten können, wie sie tagelang in einer „Maßnahme“ herumsaß, um Dreisatzrechnen zu üben.

JumpPlus mit seinem „Angebot am ersten Tag“ verhindert reihenweise, dass junge Erwerbslose („erwerbsfähige Hilfebedürftige“) eine Chance bekommen, sich erst mal beim Arbeitsamt mit der dortigen qualifizierten Beratung nach einem Arbeits- oder Ausbildungsplatz umzuschauen. Stattdessen werden sie sofort in Trainingsmaßnahmen mit minimalstem oder sogar ohne Qualifizierungsanspruch gedrängt.

Sogar der 14. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung vom Jan. 2013 kritisiert diesen Mechanismus mit vorsichtigen Worten:

„Faktisch erweist sich das Angebot an Leistungen und Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung junger Men-

schen in prekären materiellen Lagen als zu undifferenziert und wenig tragfähig und kommt – angesichts der Überlastung des Personals in den Jobcentern und Arbeitsagenturen – entgegen den ursprünglichen Absichten der Gesetzgebung deutlich zu kurz. Demgegenüber wird die verschärfte Sanktionspraxis gegenüber jungen Menschen unter 25 Jahren ganz offensichtlich ohne Abstriche umgesetzt mit der Folge, dass die Gewichte zwischen Fordern und Fördern aus der Balance geraten. Hier deutet sich ein erheblicher Nachjustierungsbedarf sowohl im Wirkungskreis des SGB II als auch vor allem in der Abstimmung zwischen den Ansätzen und Angeboten im Wirkungskreis von SGB VIII, SGB II und SGB III an.“ (Deutscher Bundestag Drucksache 17/12200, Seite 227)

Das Menschenbild des SGB II ist pauschal negativ und verkennt tatsächlich Hilfsbedürftige

Die Sanktionen nach SGB II dienen der Dressur und Beugung von erwerbslosen Menschen unter die Regie des Forderns. Pauschal werden alle „Hilfebedürftigen“ für ihre Situation schuldig gesprochen und gleichgesetzt mit Menschen, die von ihrer oft langjährigen oder sogar ererbten Situation bereits so geschädigt sind, dass ihnen z.B. die „Tagesstruktur“ abhandengekommen ist. Dass diese Menschen sehr häufig mittlerweile (z.T.

auch psychisch) erkrankt und verzweifelt sind, erfordert keine Dressurakte, sondern echte Hilfe und Betreuung. Dies zu erkennen liegt meist außerhalb der Kompetenzen von MitarbeiterInnen der JobCenter. Viele Menschen, die eigentlich gar nicht „dem Arbeitsmarkt zur Verfügung“ stehen, werden nach SGB-II-Regie traktiert, anstatt ihnen eine Rehabilitation zu gewähren. Das betrifft alle, nicht nur die unter 25-jährigen „Hilfebedürftigen“, die manches Mal gar nicht „erwerbsfähig“ sind.

Fazit: Fördern!

Die Stadt Mannheim sollte mit allen verfügbaren Mitteln die Kultur des „Förderns“ stärken, um erwerbsfähigen Hilfebedürftigen den Weg in eine menschenwürdige und auskömmliche Erwerbsarbeit zu ermöglichen, und nicht wirklich erwerbsfähigen Personen gezielte Hilfsmaßnahmen zugutekommen zu lassen. Sanktionen sind lediglich ein Mittel zur Durchsetzung der seit „Hartz“ massiv verschlechterten Arbeitsmarktkonditionen und konkreten Arbeitsbedingungen.

Aus Sicht der JobCenter sparen Sanktionen Geld, Fördern dagegen kostet Geld. Aus Sicht der Betroffenen und bei langfristiger (selbst volkswirtschaftlicher) Betrachtungsweise ist es jedoch genau umgekehrt.

Thomas Trüper, Stadtrat Die Linke

Wohnungspolitische Irrfahrt

„Der Weiterverkauf ehemaliger LBBW-Wohnungen, von der Patrizia AG an die Deutsche Annington, ist Folge einer Wohnungspolitik der Landesregierung, die blindlings auf Privatisierung setzt. Diese Irrfahrt steht zu recht in der Kritik von Mieterverbänden und KommunalpolitikerInnen“, so Gregor Mohlberg für den Landesvorstand der LINKEN.

Der Verkauf der LBBW-Wohnungen an die Patrizia AG, statt an eine verlässliche kommunale Bietergruppe, war ein großer Fehler der Landesregierung. Die Patrizia AG hatte beim Erwerb von einer langfristigen Bewirtschaftung der Wohnungen gesprochen. Mit dem Weiterverkauf wird nun ein Gewinn von einer halben Milliarde Euro erzielt und damit waren drei Jahre für die Patrizia AG „langfristig“ genug. Der Käufer, die Deutsche Annington, ist beim Mieterbund berüchtigt dafür ihre Unternehmenspolitik auf maximalen Profit und auf Kosten der Mieter auszurichten.

Landesregierung versagt in der Wohnungspolitik

Die aktuellen Zahlen der Fertigstellungszahlen für 2014 offenbaren ein Totalversagen der Landesregierung in Sachen Wohnbau. Im Regierungsprogramm der SPD heißt es, dass jedes Jahr durch För-

derpolitik 50.000 neue Wohnungen geschaffen werden sollen. Die Landesregierung liegt aber seit ihrem Antritt jedes Jahr gut 20.000 Wohnungen darunter. Statt von einer 12% Steigerung zu reden, wäre festzustellen, dass man aktuell gut 50% hinter den Notwendigkeiten und den eigenen Zielen zurückliegt.

Das Förderprogramm der Landesregierung greift nicht. Niedrigzinsen machen es unattraktiv für Mietwohnungsbauer. Lediglich bei der Eigentumsförderung wird zugegriffen, so dass sich das Förderverhältnis umgekehrt hat. Auf vier geförderte Mietwohnungen sollte eine Eigentumswohnung kommen. Faktisch kommen derzeit aber auf eine geförderte Mietwohnung 10 bis 15 Eigentumsförderungen. In 2013 wurden nur ganze 90 Mietwohnungen gefördert, dagegen aber 1336 Eigentumswohnungen. Die Zahlen stammen aus der Landtagsdrucksache DS 15/6092.

Misst man die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen an ihrem eigenen Anspruch, hat die Landesregierung auf dem Feld der Wohnungspolitik voll versagt. Die Situation hat sich weiter verschärft. Die Ursachen liegen auf der Hand. Weder wurden Maßnah-



men ergriffen, öffentliche Wohnungsbauer direkt zu fördern, z.B. über die günstige Abgabe von Liegenschaften aus Landes- und Bundesbesitz, noch hat man rechtzeitig versucht, die bestehenden Förderprogramme dem Bedarf anzupassen oder in andere wirkungsvollere Maßnahmen umzuleiten. Die CDU-Opposition schweigt dazu, auch ihr fällt nichts ein. Schon gar nicht ein sozialpolitisch steuernder Eingriff in den Wohnungsmarkt. Grüne und SPD verstecken sich kurz vor der Landtagswahl hinter dem Landesvaterimage Kretschmanns, anstatt ehrlich Bilanz zu ziehen.

DIE LINKE fehlt als sozialpolitisches Korrektiv und Opposition im Landtag, egal zu welcher Regierung, die ab dem 13. März das Land regieren wird.“

Gregor Mohlberg, Wahlkreiskandidat in Freiburg

Stuttgart: Mieter wehren sich

Mit der SWSG und ihren 18.000 Wohnungen hat die Stadt das Mittel in der Hand, die Mieten in Stuttgart zu dämpfen, preisgünstige Wohnungen zu erhalten und neu zu bauen. Doch die SWSG-Geschäftsführung, Aufsichtsratsvorsitzender Föll und alle Gemeinderäte im Aufsichtsrat – außer Tom Adler und Guntrun Ensslin von der Fraktion SÖS und LINKE PluS – machen genau das Gegenteil. Die SWSG ist als Mietpreistreiber, Altbauvernichter und mieterfeindliches Immobilienunternehmen unterwegs. Sie baut mehr Eigentumswohnungen als Sozialwohnungen. Für nur 36 neue Sozialwohnungen hat die SWSG im Jahr 2014 Förderanträge gestellt. Auf der Rohrer Höhe standen einst Sozialwohnungen. Sie wurden abgerissen. An ihrer Stelle stehen jetzt Eigentumswohnungen und teure Mietwohnungen.



In der Halbhöhenlage Ziegelklinge in Stuttgart Süd fallen die wenigen Sozialwohnungen der Modernisierung zum

Opfer. Es gibt eine breite Mehrheit bei den Gemeinderäten im Aufsichtsrat der SWSG für Modernisierungsvertreibung. Die Erhöhungen des neuen Mietspiegels werden bei der SWSG bei Neuvermietung postwendend umgesetzt. Eine modernisierte Dachgeschosswohnung im Hallschlag mit Baujahr 1928 wurde unlängst für 9,45 Euro Kaltmiete neu vermietet. Eine 4-Zimmer-Neubauwohnung mit 101 Quadratmeter in Heumaden bietet die SWSG für sage und schreibe 1.224,78 Euro (12 Euro pro Quadratmeter) Kaltmiete an. Weil vom Rasenmähen, über die Gebäudereinigung bis zur kleinsten Reparatur alles an Fremdfirmen geht, werden Millionen Euro verbrannt. Die Mieter zahlen einen Großteil dieser Kosten bei oft nicht erfolgter oder miserabel ausgeführter Leistung über die Betriebskosten. Zur Abwehr von lästigen Nachfragen, Reklamationen oder Vorschlägen von Mietern fungiert die Hotline als Firewall. Die gesetzliche Instandhaltungsverpflichtung wird nicht eingehalten. Es gibt Siedlungen, da wurde jahrzehntelang so gut wie nichts gemacht. Da gibt es völlig marode Fenster. Fensterläden fallen einfach mal so ab und werden nicht mehr montiert. In der Stiftswaldstraße im Lauchhau sackt ein Aufzug regelmäßig ein paar Stockwerke ab. Fassaden und Hausflure sind heruntergekommen. Mieter klagen über zu hohe und falsch berechnete Betriebskosten. Im Lauchhau wurde und wird das Trinkwasser mit Phosphaten gepanscht und die Kosten dafür den Mietern aufgehalst. Das alles wollen immer weniger SWSG-Mieter hinnehmen. Sie wehren sich.

Mieter organisieren sich

Wo immer derzeit zu Mieterversammlungen in SWSG-Siedlungen eingeladen wird, gibt es Versammlungen mit 25 bis 120 Mietern. Im Hallschlag überbrachten Mieter mit einer Aktion am 26.2. vor und im Kundencenter ihre Forderungen an die SWSG. Die Fraktion SÖS und Linke PluS unterstützt die Forderungen und Ziele der Mieterinitiativen. So wurden in den letzten Monaten Anträge und Anfragen in Bezirksbeiräte eingebracht. Vertreter der SWSG-Geschäftsführung mussten Rede und Antwort stehen. Betroffene Mieter meldeten sich in den Sitzungen mutig zu Wort. Der Druck der Mieterinitiativen wirkt. Zu ihren Erfolgen gehört u.a. dass die SWSG in Zuffenhausen und im Lauchhau überfällige Instandhaltungsmaßnahmen angekündigt hat.

Mieterhöhung verhindern

Alle drei Jahre erhöht die SWSG die Mieten um bis zu 10%. Die nächste Erhöhung steht nach diesem Plan für Mitte 2016 an. Das muss verhindert werden. Denn für die SWSG-Mieter ist die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten.

Ursel Beck, in Stadt.Plan, Zeitung der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PLUS im Stuttgarter Gemeinderat; Kontakt zu den Mieterinitiativen über: <http://www.mieterinitiativen-stuttgart.de>; info@mieterinitiativen-stuttgart.de

Kappt die Schulbeförderungskosten!

Landeselternbeirat kritisiert zu hohe Schülerfahrpreise in Baden-Württemberg.

Stuttgart/Leutkich. „Kosten für Schülerfahrkarten sind verkapptes Schulgeld“. Mit diesem Argument begründen die Elterninitiative „Eltern für Elternrechte“ und der Landeselternbeirat ihre Kritik an den hohen Preisen für Schülerfahrkarten in Baden-Württemberg. Die Eigenanteile der Eltern gehen in manchen Verkehrsverbänden bis an die betriebswirtschaftlich errechnete Deckungsgrenze. Oft zahlen die Schüler höhere Preise als Berufspendler. Im Naldo-Verbund Tübingen-Reutlingen-Zollernalb-Sigmaringen übersteigen die Preise für Schülerfahrkarten die Preise für die subventionierten Semestertickets für die Studierenden bis zum Dreifachen. Die hohen Kosten für Schülerfahrkarten verhindern Chancengleichheit, so die Initiative. Aufgrund der veränderten Schullandschaft sind immer mehr Schüler auf Bus und Bahn angewiesen. Aus Artikel 11 und 14 der Landesverfassung (Lernmittelfreiheit) leitet nun ein von der Initiative in Auftrag gegebenes

Rechtsgutachten ab, dass die Schülerbeförderung bis zur 10. Klasse (Schulpflicht) kostenfrei zu sein hat. In Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz zahlen die Eltern bis zur nächst gelegenen Schule keine Eigenanteile. Im SPD-Grün regierten Baden-Württemberg hat die Landesregierung die Förderung eingefroren und treibt die Elternanteile immer weiter in die Höhe. Der Landeselternbeirat und Gesamtelternbeiräte in mehreren Städten fordern die Landesregierung auf, die Finanzierung der Schülerbeförderung gesetzeskonform zu gestalten. Die Teilnahme am Schulunterricht müsse von allen wirtschaftlichen und sozialen Hemmnissen befreit werden. Die Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket decken zwar die Ansprüche aus Hartz-IV-Familien ab, aber schon die Schwellenarmut bei vielen Alleinerziehenden und Eltern mit geringem Einkommen ist nicht mehr berücksichtigt. Schulübergreifend setzen sich nun Elternvertreter dafür ein, die verfassungsrechtlich problematische Praxis zu ändern.

Bernhard Strasdeit, Kreisrat und Wahlkreis kandidat in Tübingen

Quellen: „Schule im Blickpunkt – Informationen des Landeselternbeirats“; http://www.eb-gymnasium-balingen.de/_eltern_fur_elternrechte.html

Karin Binder auf Sommer-tour

Informationsbesuch bei der Einrichtung Sozialpädagogische Alternativen e.V. (Sozpädäl) in Karlsruhe

Karin Binder besuchte Sozpädäl. Die Einrichtung arbeitet in Karlsruhe im Bereich der Wohnungslosenhilfe und der Jugendhilfe. Mit sozialpädagogischen Projekten werden sozial benachteiligte Personen und Personengruppen betreut und gefördert. In Projekten wie ‚BürgerInnen ohne Wohnung‘ (BOW) und ‚Lust auf Beschäftigung‘ (LaBOR) haben Menschen, die vom öffentlichen Hilfesystem nicht oder nicht ausreichend erfasst werden, eine Anlaufstelle, Beratung und Betreuung. Aufschlussreich war auch der Besuch im Tagestreff für Frauen (TafF) mit Informationen über das Projekt ‚Arbeiten und Qualifizieren für Frauen in Wohnungsnot‘.

DIE LINKE im Gespräch mit der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz

Die Bundestagsabgeordnete Karin Binder, die Karlsruher Landtagskandidatin Sabine Skubsch und der



Kreisvorsitzende des DGB Karlsruhe Land Wolfgang Weber trafen zu einem Gespräch mit der GEW-Landesvorsitzenden Doro Moritz zusammen.

Zentrales Thema war die Gemeinschaftsschule (GMS) in Baden-Württemberg. Einigkeit bestand darin, dass viel zu wenig Geld für den Aufbau der GMS zur Verfügung stehe. Moritz be-

tonte, dass durch das Gesetz allein die Reform nicht durchgesetzt sei. Wenn man in einem so konservativen Land wie Baden-Württemberg eine Akzeptanz der GMS erreichen wolle, müsse sie richtig gut sein, so die GEW-Landesvorsitzende. Ein weiteres Thema des Gesprächs war die Inklusion, die von der Landesregierung nur vorsichtig und halbher-

zig umgesetzt wird. MdB Karin Binder betonte die Notwendigkeit kostenloser Schulverpflegung, wofür sich DIE LINKE im Bundestag seit langem einsetzt. Kritisch wurde die Absenkung der Einstiegsbesoldung für Lehrer/innen bewertet. Dadurch ist zu befürchten, dass zum Schuljahresbeginn nicht alle Lehrerstellen besetzt werden können.

Generation befristet? Befristungen und Leiharbeit stoppen. „Das muss drin sein“

Mit Aktionen gegen Befristung in den Vorwahlkampf!



Die Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse geht in die nächste Runde. Unter dem Motto „Jung und prekär? Wir wollen mehr!“ geht es Anfang September gemeinsam mit der Linksjugend und dem Studierendenverband SDS auf die Straße für die nächste Aktionsphase. Diese ist jungen Menschen gewidmet, die verstärkt von befristeten Arbeitsverhältnissen betroffen sind und sich häufig von Job zu Job hangeln müssen. Gerade im Wissenschaftsbetrieb gelten Arbeitsverträge über zwei Jahre inzwischen schon als Langzeitbeschäftigung. Unterbrochen werden diese Ketten-Befristungen zudem von unbezahlten Praktika. Diese werden nicht nur den Studentinnen und Studenten zwangsaufgelegt, sondern vielen jungen Arbeitnehmerinnen und -nehmern abverlangt, sozusagen eine Gratisprobe ihrer Arbeitskraft.

Der Anteil befristeter Stellen hat sich innerhalb der letzten 20 Jahre fast verdreifacht. Bei den unter 25-Jährigen waren 2014 rund 43% der neu abgeschlossenen Arbeitsverträge befristet. Die Kellnerin und der Angestellte bei einem privaten Briefzusteller, Kreative in einer Werbeagentur, der Leiharbeiter bei einem Auto-Zulieferer oder die Beschäftigte einer KiTa – sie eint die Sorge um die Zukunft. Zusammen mit dem weit verbreiteten Missbrauch von Werkverträgen sind sie ein zentrales Mittel, um gewerkschaftliche Regulierungen und gleiche Löhne für alle, Kündigungsschutz und soziale Sicherheit zu unterlaufen.

So können junge Menschen nicht arbeiten. Berufseinsteigerinnen und -einsteiger brauchen Planungssicherheit, um berufliche Zukunft und Familiengründung unter einen Hut bringen zu können.



Das ist mit befristeten Arbeitsverhältnissen nicht möglich. Der Arbeitsmarkt wird für junge Menschen immer unsicherer und zwingt sie, ihre Lebensplanung dem Markt vollständig unterzuordnen. Deshalb ist die Forderung „Befristung und Leiharbeit stoppen“ einer der fünf „Finger“ unserer Kampagne „Das muss drin sein“: gute Arbeit, von der man leben und die Zukunft planen kann.

sein, während der Mittagspause in den Berufsschulen „Frühstückstüten“ mit den Kampagnenmaterialien und etwas Obst und Schokolade zu verteilen. Ein freundlicher Besuch bei den Beschäftigten in den Einzelhandelsketten, in denen „Stressbälle“ verteilt und Papier-T-Shirts auf die Stangen gehängt werden. Slogan: Coole T-Shirts brauchen coole Arbeitsbedingungen. Oder auch Veranstaltungen mit GewerkschafterInnen und von Befristung und Leiharbeit Betroffenen. Viele gute Ideen hierzu findet ihr auch auf der Kampagnen-Seite zu „Das muss drin sein“. Zudem wird es Mitte Oktober zusammen mit unserem Hochschulverband Die Linke.SDS zum Beginn des neuen Semesters Aktionen unter dem Motto „Stress an der Uni? Stress die Uni!“ geben.

Unterschriftensammlung gegen Befristung

Außerdem starten wir ab dem 1. September eine Unterschriftensammlung gegen Befristung und Leiharbeit. „Wir treten ein für ein Gesetz gegen sachgrundlose Befristungen und Leiharbeit. Beim Mindestlohn haben wir bewiesen, dass es sich lohnt, einen langen Atem zu haben“, so der Parteivorsitzende Bernd Riexinger, Spitzenkandidat für die Landtagswahl im Frühjahr 2016. Wenn ihr also während eurer Aktionen Unterschriften für diese Petition sammelt, könnt ihr bequemerweise auch gleich Unterschriften für euren Antritt zur Landtagswahl vor Ort einholen.

Wir bitten alle Kreisverbände, sich in ihren Partei- und Kampagnenstrukturen darüber auszutauschen, welche Aktionsform für euch passt. Unser Ziel ist es, flächendeckend präsent zu sein. Das kann auch ein Infostand oder eine Verteilaktion sein. Am besten mit Kampagnen-Banner und/oder ein Transparent mit dem Spruch „Jung und prekär? Wir wollen mehr!“. Schließt euch mit euren jüngeren Genossinnen und Genossen kurz und spricht mit eurer Linksjugend-Gruppe vor Ort. Wie immer gilt: Schickt uns bitte einige Fotos

DAS MUSS DRIN SEIN.
 ■ Befristung und Leiharbeit stoppen!
 ■ Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV!
 ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst!
 ■ Wohnen & Energie bezahlbar machen!
 ■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.
 Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Mitmachen. Aktiv werden!
 www.das-muss-drin-sein.de

Aktionen des Jugendverbands

Aus diesem Grund wollen wir zusammen mit der Linksjugend [‘solid] in mehreren Städten die unsichere Situation junger Menschen mit „Sklavenmärkten“ anprangern. Dafür werden junge GenossInnen oder SympathisantInnen als „Arbeitsklaven“ öffentlichkeitswirksam zum Niedrigstgebot feilgeboten. Andere Aktionsformen könnten zum Beispiel

von euren Aktionen und stellt diese auf die Kampagnen-Seite oder auf Facebook. Im Laufe des August werden die bundesweiten Info-Materialien an die regionalen Büros versendet. Wir werden zudem noch einen gesonderten Flyer über Befristete Beschäftigungsverhältnisse in Baden-Württemberg erstellen und Euch zukommen lassen.

Die Kampagne „Das muss drin sein“ wird für uns im gesamten Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen:

- Dezember 2015: Aktionsphase Weihnachten

- Anknüpfend an die Vorweihnachtszeit sollen insbesondere (Kinder-)Armut, Hartz IV und die Zunahme von Stromsperrern thematisiert werden.

- Rund um den 8. März 2016: Aktionsphase soziale Dienstleistungen

- Anknüpfend an den 8. März sollen die sozialen Dienstleistungen – als meist von Frauen verrichtete Arbeit – im Mittelpunkt stehen. Inhaltli-

Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse.



Bezahlbares Wohnen, Mindestsicherung, gute Arbeit & Löhne! DIE LINKE.

che Anknüpfungspunkte bestehen sowohl bei der Aufwertung der sozialen Berufe, aber auch bei der Forderung nach mehr Personal in Bildung, Gesundheit und Pflege sowie beim Thema Stress am Arbeitsplatz.

Sahra Mirow und Dirk Spöri

„Stress an der Uni? Stress die Uni!“

Die Kampagne von Die Linke.SDS gegen prekäre Lebens- und Studienbedingungen

Auf dem Schreibtisch stapeln sich die unbezahlten Rechnungen, mit der Miete ist man im Verzug und neben dem schlecht bezahlten Job bleibt keine Zeit für die Lernerei, ganz zu schweigen von Freizeitbeschäftigungen oder gar politischer Aktivität: für Tausende Studierende sind diese oder ähnliche Situationen Alltag.

Im Zuge der LINKE-Kampagne gegen prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse „Das muss drin sein!“, beabsichtigen wir auch als Hochschulverband „Die Linke.SDS“, die Verhältnisse an der Uni und im Lebensumfeld von Studierenden zu thematisieren, zu skandalisieren, Aktionsformen zu entwickeln und Alternativen zu diskutieren.

Zusammen kämpfen – zusammen gewinnen!

Der Kampagne voraus gingen spannende Debatten. Wer sich heute damit beschäftigt, wie sich Studierende finanzieren, stellt schnell fest, dass es sich bei Studierenden längst nicht mehr um eine privilegierte Gesellschaftsschicht handelt, sondern dass sich die Probleme und Sorgen von Studierenden an vielen Punkten mit denen von Millionen abhängiger Beschäftigter in Deutschland überschneiden. Auch wenn erkämpft wurde, dass die allgemeinen Studiengebühren in ganz Deutschland gefallen sind, ist die Finanzierung des Studiums nach wie vor ein Riesenproblem:

- Das Bafög – dass auch nach der „Erhöhung“ nicht im Ansatz mit den gestiegenen Lebenshaltungskosten mithalten kann – machte 2014 im Schnitt gerade mal 16 % des Einkommens von Studierenden aus. 48 % mussten von den Eltern kommen, 26 % durch eigenen Verdienst.
- Wenn auch noch im niedrigen zweistelligen Bereich, sind zunehmende Studierende auf Studienkredite angewiesen und häufen bereits während des Studiums Schuldenberge an.
- Unter anderem diese finanziellen

Sorgen führen zu einer enormen psychischen Belastung. Laut eines Reports der Techniker Krankenkasse leidet die Hälfte der Studierenden unter Dauerstress, jeder fünfte gibt als Hauptursache finanzielle Sorgen an, bei über 20 % entwickeln sich Depressionen und anhaltende Angstzustände.

Mit der Einführung des Bachelor/Master-Systems hat sich nicht nur das Lernen und die Lehre fundamental verschlechtert, sondern auch die Zukunftsaussichten. Ein Bachelor-Abschluss führt heute zu einem durchschnittlichen Facharbeiterlohn. Dies festzuhalten soll nicht unterstellen, dass nur Studierende mehr Geld verdienen sollten, sondern soll exemplarisch dafür sein, dass jeder Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen Studierende stark betrifft und wir als sozialistischer Studierendenverband darauf hinarbeiten wollen, diese Kämpfe gemeinsam zu führen!

Stresst ihr uns, stressen wir euch!

Aus dieser Analyse heraus startet der SDS im Wintersemester 2015/2016 seine

Proteste und Blockaden gegen deutsches Lohndumping gerechtfertigt

Sahra Wagenknecht am 27. Juli zu den Protesten französischer Bauern an der deutsch-französischen Grenze:

„Das deutsche Lohndumping zerstört Europa. Französische Bauern protestieren zu Recht gegen die gnadenlose Ausbeutung von Beschäftigten in der deutschen Landwirtschaft und der deutschen Fleischindustrie. Arbeitsministerin Nahles muss dieser Ausbeutung endlich ein Ende setzen, den Missbrauch von Werkverträgen beenden und gleiche Löhne für gleiche Arbeit ab dem ersten Einsatztag durchsetzen. Stattdessen knickt sie jetzt auch bei der Regulierung der Leiharbeit vor der Unternehmenslobby ein“, kommentiert Sahra Wagenknecht die Proteste französischer Bauern gegen Billigimporte von Nahrungsmitteln aus Deutschland.

Kampagne „Stress an der Uni? Stress die Uni!“. Vier Schwerpunkt-Themen sollen dabei in den nächsten Semestern die Kampagne prägen:

- Gentrifizierung und Mieten: Mieten runter! Bafög rauf!
- Studienfinanzierung, prekäre Arbeitsbedingungen an der Universität und im Nebenjob
- Gegen Leistungsdruck und Bologna-System: Für ein selbstbestimmtes Studium und Kritische Wissenschaft!
- Solidarität mit Arbeitskämpfen! Students and workers unite!

Gestartet wird in der zweiten Semesterwoche: mit vielfältigen Aktionen wollen wir mit den genannten Themen an möglichst vielen Unis, in einer bundesweiten Aktionswoche präsent sein. Doch wie bei „Das muss drin sein“, ist es uns wichtig eine längerfristige und nachhaltige Kampagne zu gestalten. Über die kommenden Semester ist es das Ziel, die Schwerpunkte mit inhaltlichen Veranstaltungen und kreativen Aktionsformen zu begleiten.

*Daniel Anton,
Die Linke.SDS Freiburg*

„Schon vor Jahren haben sogar Kirchenvertreter die kriminellen Praktiken moderner Sklaverei in der deutschen Fleischbranche angeprangert, in der zehntausende Werkvertragsarbeiter zu skandalösen Bedingungen tätig sind. Doch während Nahles bei der Einschränkung des Streikrechts schnell bei der Sache war, lassen ihre Reförmchen bei Leiharbeit und Werkverträgen auf sich warten. Sogar das im Koalitionsvertrag verankerte Versprechen, Leiharbeit auf maximal 18 Monate zu beschränken, hat Nahles inzwischen gebrochen. All diese Versäumnisse müssen nicht nur französische Bauern, sondern auch die Beschäftigten in Deutschland ausbaden, deren Löhne und Arbeitsbedingungen unter immer stärkerem Druck geraten.“

LAG queer: CSD in Stuttgart

Der Spitzenkandidat zur Landtagswahl und Parteivorsitzende Bernd Riexinger nahm am drittgrößten CSD Deutschlands in Stuttgart teil. Akzeptanz und Gleichberechtigung von homo- und bisexuellen Menschen sowie der Vielfalt von Geschlecht ist auch 2015 noch kein Selbstläufer. Vielmehr scheint die Diversität unterschiedlicher Lebensweisen zum Teil als ängstigend oder gar bedrohlich wahrgenommen zu werden. Sie wird oftmals nur geduldet und darf zwar hinter verschlossenen Türen stattfinden – aber bitte nicht öffentlich, bitte nicht sichtbar. Und bitte nicht darüber sprechen. Der Christopher Street Day (CSD) in Stuttgart stand 2015 unter dem Motto: „Akzeptanz – was sonst?“ Keine Frage, in den vergangenen Jahren hat sich vieles hin zum Positiven entwickelt – sowohl in der Gesetzgebung als auch im gesellschaftlichen Umgang. Dennoch treten Unwissenheit, Angst, Intoleranz, Ablehnung und Hass auch heute noch offen zu Tage. Ein Blick in Petitionen, Online-Foren, Zeitungskommentare und auf diverse Demonstrationen genügt, um zu realisieren, dass Teile unserer Gesellschaft in Bezug auf Homosexualität und Geschlechtsidentität ihre Liebe Not mit der Akzeptanz haben. Wenn überhaupt, dann wird diese Vielfalt höchstens toleriert, also erduldet. Der Kreisverband Stuttgart und die baden-württembergische Arbeitsgemeinschaft

DIE LINKE. queer machten 2015, unter dem Motto: „Akzeptanz gehört in jede Schultüte“, wie nunmehr schon seit 10 Jahren, regelmässig am drittgrößten CSD in Deutschland in Stuttgart mit! Unter den zahlreichen Genossinnen der Partei und der Linksjugend – [solid], nahmen neben Bernd Riexinger, auch die Stuttgarter Landtagskandidaten der LINKEN, Hannes Rockenbauch (StR SÖS) und Reiner Hofmann (BbR), teil. Der Landessprecher DIE LINKE. queer, Christian Stähle, machte deutlich: „Für DIE LINKE. ist ganz klar, dass für

lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, intersexuelle und queere Menschen das gesellschaftliche Ziel „Akzeptanz – was sonst?“ klar im Fokus bleiben muss! Landessprecher DIE LINKE. queer Christoph Ozasek weist darauf hin: „Nicht nur in Stuttgart, sondern in Freiburg, Karlsruhe, Ulm und Mannheim beteiligt sich DIE LINKE in Baden-Württemberg an den CSD-Demonstrationen 2015. Den Bundesvorsitzenden der LINKEN an seiner Seite, im Kampf um mehr Akzeptanz, zu wissen, tut gut. Danke Bernd Riexinger!“



Für eine faire Finanzierung der Krankenhauskosten!

DIE LINKE im Heilbronner Kreistag stimmte auf der letzten Kreistagssitzung einer Resolution der Verwaltung zu, in der eine faire Finanzierung der Krankenhäuser gefordert wurde. Der Antrag wurde einstimmig mit Enthaltungen der Grünen beschlossen. Die Grünen hätten gerne die Bemühungen der aktuellen Landesregierung gewürdigt gesehen.

Bereits bei einer vorausgegangenen Sitzung des Kreistags hatten wir anlässlich eines Beschlusses zur Finanzierung des Krankenhausneubaus in Heilbronn die strukturelle Unterfinanzierung der Krankenhäuser durch den Bund und die Länder angemahnt. Was uns damals einen Ruffel des Landrats einbrachte, wurde jetzt über die Resolution gemeinsam beschlossen. In unserem Redebeitrag gingen wir auch auf die schlechten Arbeitsbedingungen und das Lohndumping einer Krankenhaus-Tochter, der Service GmbH, ein. Das Land spart sich einen Teil der Finanzierung für Investitionen auf Kosten der Beschäftigten. Aus diesem Grund haben wir dem Jahresabschluss des Krankenhauses nicht zugestimmt. Freuten uns aber über die Resolution, die elektronisch auch auf der Seite des Forums Linke Kommunalpoli-

tik nachgelesen und für eigene Resolutionen als Vorlage benutzt werden kann. Nachfolgend die Resolution im Wortlaut. Florian Vollert, Kreisrat, Heilbronn

Resolution des Kreistags des Landkreises Heilbronn an die Bundes- und Landespolitik

Für eine faire Finanzierung der Krankenhauskosten! Der im Bundestag derzeit beratene Entwurf eines Krankenhausstrukturgesetzes bereitet uns allergrößte Sorge. Sollte der Gesetzentwurf in seiner aktuell vorliegenden Fassung verabschiedet werden, so dürfte der Privatisierungs- und Schließungsdruck, der auf der baden-württembergischen Krankenhauslandschaft lastet, deutlich zunehmen. Damit gefährdet das Gesetzesvorhaben in seiner derzeitigen Entwurfsfassung die kommunale Daseinsvorsorge im Krankenhauswesen. Der Entwurf eines Krankenhausstrukturgesetzes muss daher grundlegend überarbeitet werden. Drei Kernanliegen stehen dabei für uns im Vordergrund. – Infolge des jahrelangen Kostensenkungsdrucks sind alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft. Weitere Kürzungen sind daher nicht mehr verkraftbar. Die derzeit vorgesehe-

ne Streichung des Versorgungszuschlags würde bei der SLK-Kliniken Heilbronn GmbH ab 2017 schlagartig Finanzmittel in Höhe von 1,8 Millionen Euro entziehen. Dies entspricht umgerechnet etwa 35 Pflegekräften. Im Interesse der Patientinnen und Patienten wie auch des Personals muss deshalb der Versorgungszuschlag zwingend in vollem Umfang erhalten bleiben. Seit Jahren schon steigen die Krankenhauskosten ungleich stärker an als die Entgelte für Krankenhausleistungen. Insbesondere die Tariflohn-Erlös-Schere öffnet sich immer weiter. Seit 2005 sind bei den SLK-Kliniken die Tariflöhne um 20,75 %, die Vergütungspreise für Krankenhausleistungen hingegen nur um 12,32 % gestiegen.

Um Personalabbau und Qualitätsverlust zu vermeiden, muss die kurzfristige und systematische Refinanzierung der durchschnittlichen Kostenzuwächse und insbesondere auch der Lohnsteigerungen gesetzlich verankert werden. Die Notfallambulanzen der Krankenhäuser behandeln Jahr für Jahr mehr Menschen. Bei den SLK-Kliniken gab es in den letzten zehn Jahren einen Zuwachs um 42,7 %. Allerdings beläuft sich der

durchschnittliche Fehlbetrag pro Fall auf fast 90 Euro. Das Jahresdefizit unserer Notfallambulanz betrug zuletzt 5,3 Millionen Euro. Damit die ambulanten Notambulanzen in den Krankenhäusern rund um die Uhr und 365 Tage im Jahr für die Patientinnen und Patienten da sein können, müssen endlich gesetzliche Regelungen zur kostendeckenden Bezahlung dieser Notfallleistungen geschaffen werden.

Nun ist allerdings nicht nur die Bundesebene gefordert. Auch bei der Krankenhausinvestitionsförderung durch das Land müssen noch vor Ende der Legislaturperiode des Landtags spürbare Fortschritte erzielt werden. Denn andernfalls geraten die Krankenhäuser immer tiefer in einen Teufelskreis. Schließlich führen nicht getätigte Investitionen regelmäßig zu höheren Betriebskosten. – Wir erwarten daher, dass das Land im Wege eines Nachtrags zum aktuellen Staatshaushaltsplan die Mittel für die Förderung der Plankrankenhäuser in Baden-Württemberg um rund 150 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Tatsächlich erforderlich, um den Investitionsstau abzubauen, wären jährlich zirka 750 Millionen Euro.

Flüchtlingspolitik: Bund muss endlich handeln, statt nur zu verhandeln

„Der Bund muss Länder und Kommunen bei der Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen unterstützen – und zwar sofort und in viel höherem Maße als geplant. Die bisher zugesagten Mittel bleiben weit hinter dem realen Bedarf zurück. Statt noch bis zum Herbst zu warten, muss die Frage der Soforthilfen ebenso wie die einer langfristigen Kostenübernahme durch den Bund jetzt geklärt werden“, kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, am 27. Juli entsprechende Forderungen der Bundesländer. Die Abgeordnete weiter:

„Wenn die Flüchtlingszahlen weiter steigen und die Kosten für Unterbringung und Versorgung im Jahr 2015 schätzungsweise fünf Milliarden Euro betragen, dann macht die vom Bund zugesagte Milliarde gerade einmal ein Fünftel dieser Kosten aus. Das ist viel zu wenig: Ein schlappes Nachziehen, aber keine wirkliche Mehrleistung, so wie sie vom Bund versprochen wurde.“

Länder und Kommunen brauchen jetzt schnelle Hilfen. Vor allem für die adäquate Unterbringung der Schutzsuchenden muss dringend eine Lösung gefunden werden. Die jetzige Überforderungssituation der Kommunen resultiert einzig und allein aus der viel zu langen Untätigkeit des Bundes. Die Ko-

alition muss endlich handeln, statt immer nur zu verhandeln. Bleibt die Bundesregierung weiterhin untätig, belastet das nicht nur massiv die Kommunen. Es führt auch zu einer weiteren Eskalation der ohnehin schon angeheizten und flüchtlingsfeindlichen Stimmung in Deutschland. Jeden Tag kommen neue Meldungen über Anschläge auf Flüchtlingsheime. Wir müssen alles dafür tun, dass das aufhört.“

Erklärung des Landesvorstandes zum Flüchtlingsgipfel der Landesregierung am 27. Juli

Vorfahrt für Menschlichkeit – Flüchtlinge sind willkommen!

Der heutige Flüchtlingsgipfel der Landesregierung darf nicht zum Abschiebegipfel umfunktioniert werden. Innenminister Gall (SPD) droht ausreisunwilligen Balkanflüchtlings das Taschengeld zu kürzen. Landesregierung und CDU-Opposition im Landtag betreiben gemeinsam eine Verschärfung der Abschiebepolitik. Ministerpräsident Kretschmann will mehr Flüchtlinge in die ostdeutschen Länder schieben.

DIE LINKE sagt: das ist Abschreckungskultur und keine Willkommenskultur. Das ist die falsche Reaktion auf steigende Flüchtlingszahlen. Die Landesregierung hat es über zwei Jahre versäumt, für mehr Aufnahmestellen und ordentliche Unterkünfte zu sorgen. Landkreise und Gemeinden hatten frühzeitig auf den Mangel hingewiesen und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen gefordert. Der Ministerpräsident blockte ab, und die Integrationsministerin hat keine Befugnisse. Inzwischen eskaliert die Situation. Die Landesaufnahmestellen sind hoffnungslos überfüllt, und Unterkünfte fehlen. Man greift nun auf Turnhallen und Notunterkünfte zurück. Die Landkreise rechnen mit weiteren 80.000 Asylsuchenden im Land.

DIE LINKE sagt: Kein Mensch flieht freiwillig übers Mittelmeer oder über die Stacheldrahtzäune der EU-Außengrenze. In Baden-Württemberg gibt es viel Bereitschaft in der Bevölkerung und genügend Infrastruktur, um Flüchtlinge menschlich unterzubringen, vor rassistischer Gewalt zu schützen und von Anfang an in die Gesellschaft zu integrieren.

Die vielen Menschen und Initiativen, die vor Ort in der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe engagiert sind, dürfen nicht allein gelassen werden. DIE Linke fordert insbesondere mehr Sozialbetreuung für Kinder und Jugendliche.

Flüchtlinge und ihre Nachbarn brauchen im Alltag gemeinsame Ansprech-

partner; als Sofortmaßnahme muss der Betreuungsschlüssel von 1:100 umgesetzt werden.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg organisiert am 27. Juli ab 13.30 Uhr eine Mahnwache und eine Kundgebung vor dem Interimslandtag in Stuttgart. Der Landesvorstand fordert zur Teilnahme auf und unterstützt die Forderungen des Flüchtlingsrats.

Absichtserklärungen, Worthülsen und Drohungen

Annette Groth (MdB) zu Ergebnissen des Flüchtlingsgipfels:

Als Ergebnis des Flüchtlingsgipfels hat Ministerpräsident Kretschmann folgendes „Maßnahmenpaket“ vorgestellt:

- Erhöhung der Plätze in der Erstaufnahme um insgesamt 11.000 bis 2016
- Rücknahme der geplanten Erhöhung der Mindestwohnfläche für Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften
- 30 Millionen Euro Wohnraumförderung für 2016
- Einrichtung einer gemeinsamen „Lenkungsgruppe“ aus Kommunen, Kreisen und den zuständigen Ministerien
- Leistungskürzungen, Beschäftigungsverbote und schnellere Abschiebungen für abgelehnte Asylbewerber

Am dringend notwendigen Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen ging auch für die Landesregierung kein Weg vorbei. Aber schon mit der Mini-Wohnraumförderung verlässt die Landesregierung der Willen zum Handeln. Schon jetzt erklären Gemeinde- und Landkreistag dieses Programm einstimmig zum ‚Tropfen auf den heißen Stein‘.

„Was soll die neue ‚Task-Force‘ oder ‚Lenkungsgruppe‘ eigentlich lenken, wenn die Landesregierung weiter auf ihrer Weigerung für ein gemeinsames Förderprogramm von Sozialwohnungen und Flüchtlingsunterkünften besteht? Auch bei anderen entscheidenden Fragen, wie z.B. beim Arbeitsmarktzugang, gibt es nichts zu lenken, weil die Landesregierung nichts vorlegt!“

Zur Ankündigung von Repressalien bis hin zu schnelleren Abschiebungen gegen abgelehnte Asylbewerber erklärt die Abgeordnete:

„Hier werden in CSU-Manier die Flüchtlinge zu Verantwortlichen der unbestritten oft schwierigen Situation in Städten und Gemeinden gemacht. Die hoffnungslos hinterherhinkende Aufnahmeplanung und -politik der Landesregierung soll damit aus der Schusslinie genommen werden. Dem gleichen Ziel dienen auch die wortreichen Absichtserklärungen wie ‚in der Flüchtlingsfrage muss man Tempo zulegen‘ und Worthülsen wie ‚Verantwortungsgemeinschaft‘, Annette Groth, die die Parallel-

Kundgebung des Flüchtlingsrates zum Flüchtlingsgipfel aktiv unterstützte, stellt fest:

„Mit Recht hat der Flüchtlingsrat im Namen der vielen ehrenamtlichen Flüchtlings-Unterstützerinnen und -Unterstützer angemahnt, dass ‚Humanität weiter Vorrang haben (muss)‘. Dazu gehört, dass das Recht auf ein faires Asylverfahren und Perspektiven für ein humanitäres Bleiberecht und Integration eröffnet werden. Die Forderung nach einem ‚Ehrenamtlichen Flüchtlingsgipfel‘ ist deshalb nur recht und billig.“

Kundgebung zum Flüchtlingsgipfel

„Asyl ist Menschenrecht“, „Flüchtlingschutz statt Rumgeschiebe“ und „Refugees Welcome“ fordern 100 Menschen auf der Kundgebung zum Flüchtlingsgipfel am 27. Juli in Stuttgart.

Am Ende der Kundgebung stiegen schwarze Luftballons über das Stuttgarter Schloss und zeigten symbolisch die dunklen Seiten der derzeitigen Flüchtlingspolitik. Eine humane Flüchtlingspolitik forderten dagegen die DemonstrantInnen auf dem Schlossplatz. Hier fand, hinter für die ehrenamtlichen Initiativen verschlossenen Türen, der zweite Flüchtlingsgipfel der Landesregierung statt. Da außer dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg keine VertreterInnen der oft gelobten ehrenamtlichen Initiativen zum Flüchtlingsgipfel geladen waren, forderten sie einen zeitnahen „ehrenamtlichen Flüchtlingsgipfel“ mit Ministerpräsident Kretschmann.

Forderungen wie „Asyl ist Menschenrecht“, „Flüchtlingschutz statt Rumgeschiebe“ und „Refugees Welcome“ standen auf den Transparenten der Teilnehmenden.

Manfred Budziniski, Mitglied des erweiterten Vorstands des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg und erster Redner der Demo, benannte noch einmal den zentralen Punkt der Kundgebung: der Gegensatz zwischen der praktizierten Willkommenskultur vor Ort und vielen politischen Entscheidungen zur Zeit.

Als zweite Rednerin sprach Awa K. Nije von Jugendliche ohne Grenzen Baden-Württemberg und erinnerte die deutsche Regierung an ihre Verantwortung für geflüchtete Menschen und die Grundlage der Asylgesetzgebung: „The right to seek asylum is not a privilege but a basic human right and the responsibility of the German government to help us integrate into society“. Begleitet wurde die Demo außerdem durch die Band „Roma Balkan Express“ aus Radolfzell. *Quelle: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, www.fluechtlingsrat-bw.de/zielsetzung.html*

Willkommenskultur, Ausgrenzung, Abschieberegime

Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg

Samstag 4. Dezember 2015

im Stuttgarter Rathaus 10 bis 17 Uhr

Die Stuttgarter Fraktionsgemeinschaft „SÖS LINKE plus“ und die Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg führen gemeinsam einen Bildungstag zur Flüchtlingspolitik durch. Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Mitglieder aus Stadt- und Gemeinde-, und Kreisräten, sowie Aktive und Interessierte in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der Tag soll den Teilnehmer*innen helfen, sich in der derzeitigen, insbesondere kommunalen, Flüchtlingspolitik Baden-Württembergs, sachlich, kritisch und juristisch zu orientieren. Es werden praktische Fragen aufgeworfen und dazu beigetragen, solidarische Handlungsrahmen zu entwickeln, konstruktive Lösungswege aufzusuchen.

Ein Imbiss wird gegen einen Unkostenbeitrag über Mittag erhältlich sein.

Rosa Luxemburg Stiftung Baden-Württemberg

Fraktionsgemeinschaft SÖS LINKE Plus



post@rls-bw.de



Fraktionsgemeinschaft
SÖS LINKE Plus

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg (Kurzvorstellung)

- koordiniert und vernetzt die Arbeit der örtlichen Asylkreise und das vielfältige Engagement für die Rechte von Flüchtlingen in unserem Bundesland.
- informiert mit Rundbriefen, Newsletter und einer Homepage über die Asyl- und Flüchtlingspolitik, Hintergrundinformationen zu den Herkunftsländern sowie rechtliche Entwicklungen und Entscheidungen.
- setzt sich gemeinsam mit engagierten Einzelpersonen, Initiativen, kirchlichen Organisationen und Wohlfahrtsverbänden für die Verbesserung der sozialen Lebensbedingungen und der Rechte von Flüchtlingen in Baden-Württemberg ein.
- fördert das Verständnis für die Situation und die Anliegen von Flüchtlingen in der Öffentlichkeit. Durch Veranstaltungen, Gespräche und Informationsmaterialien treten wir in Dialog mit interessierten BürgerInnen und den politisch Verantwortlichen und setzen uns für die Rechte von Flüchtlingen ein.
- bietet Qualifizierung und Weiterbildung durch Plenums-Tagungen dreimal im Jahr in Stuttgart, sowie durch Tagungen in Zusammenarbeit mit den Evangelischen Akademien Bad Boll und Bad Herrenalb.
- bietet einen ständigen Infoservice und vermittelt kompetente Fachleute und ReferentInnen. Durch ein jährlich neu aufgelegtes Fortbildungsprogramm können sich die Initiativen mit Unterstützung des Flüchtlingsrates ReferentInnen in die Region holen.
- berät und vermittelt Flüchtlinge an kompetente lokale Beratungsstellen oder RechtsanwältInnen.
- unterstützt Flüchtlinge durch Anträge an den Rechtshilfefonds von Pro Asyl
- wird finanziert durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und die Förderung durch u.g. Organisationen.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ist Mitglied in der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft PRO ASYL und wird gefördert durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), das Land Baden-Württemberg, die Evangelische Kirche Baden, das Diakonische Werk Württemberg, die Diözese Rottenburg-Stuttgart und PRO ASYL.

Städtetag für gemeinsame Förderung von Sozialwohnungen und Flüchtlingsunterkünften? Für Landesregierung nicht machbar!

von Annette Groth (MdB)

Auf seiner Vorstandssitzung am 29. Juni hat der Städtetag Baden-Württemberg die Verknüpfung der Förderung für den Bau von Flüchtlingsunterkünften mit dem sozialen Wohnungsbau gefordert. Damit und mit einer deutlichen Mittelerhöhung erhofft sich der Städtetag mehr Wohnungen für Flüchtlinge, Studenten und weitere Personen, die bisher keine Chance auf eine angemessene Sozialwohnung haben. Damit soll auch einen

Beitrag gegen drohende Ghettoisierung geleistet werden.

Für Ministerpräsident Kretschmann ist diese sinnvolle Verknüpfung nicht machbar: „Das sind ganz andere Förderatbestände, das können wir nicht einfach vereinheitlichen“ und zudem seien dem Land bei „der Wohnraumförderung enge Grenzen durch die EU gesetzt“, ließ er schon einen Tag später verlauten.

Dazu Annette Groth (MdB): „Einmal mehr stellt die interessierte Öffentlichkeit fest, dass die baden-württembergische Landesregierung auch in Sachen Wohnraumförderung weit hinter ihren eigenen vollmundigen Ankündigung zurückbleibt: ‚Die Wohnraumförderung des Landes Baden-Württemberg wird bedarfsgerecht und sozial ausgerichtet‘ steht noch im Koalitionsvertrag. Soll das mit Leben gefüllt werden, geht’s plötzlich wegen der EU oder den Förderöpfen nicht.“

Bleibt zu hoffen, dass der Städtetag seinen klugen und vernünftigen Vorstoß durch dieses ‚nicht machbar‘ nicht zu den Akten legt und stattdessen die angekündigten Vorschläge unterbreiten wird.“ Dafür bietet sich die geplante Asylkonferenz an.

Den Menschen helfen, Fluchtursachen bekämpfen

Bericht über die Sommertour von Heike Hänsel

Während meiner Sommertour konnte ich auf Einladung verschiedener Kreisverbände u.a. eine Flüchtlingsunterkunft in Konstanz, sowie die Landeserstaufnahmestellen (LEA) in Ellwangen und Meßstetten besuchen. Ergänzt wurde dies jeweils mit öffentlichen Diskussionsveranstaltungen zur Flüchtlingspolitik und den Fluchtursachen.

Ellwangen und Meßstetten

Die Eindrücke, die ich sammeln konnte, zeigten dabei jeweils ähnliche strukturelle Probleme auf. Positiv hervorzuheben ist dabei insbesondere die Arbeit der verschiedenen Hauptamtlichen und Freiwilligen. Diesen ist es zu verdanken, dass der Betrieb an manchen Orten überhaupt noch aufrechterhalten werden kann. So haben bspw. die Landeserstaufnahmestellen in Ellwangen und Meßstetten eine maximale Aufnahmekapazität von 1000 Personen, beide Einrichtungen müssen zurzeit aber die Unterbringung von ca. 1500 Geflüchteten gewährleisten. Dass sie dies tun können, liegt vor allem am Engagement des dortigen Personals und der freiwilligen Unterstützerkreise. Auch weitere Angebote, welche den Flüchtlingen helfen und auch Barrieren und Ressentiments der lokalen Bevölkerung abbauen, wie Zugang zum Internet, gemeinsame Kinderbetreuung

und gemeinsame Freizeitaktivitäten, können hauptsächlich nur dank des Engagements von Freiwilligen umgesetzt werden. Strukturelle Defizite und Fluchtursachen waren schließlich die Themen der Diskussionsveranstaltungen.

Fluchtursachen: Kriege und falsche Handelspolitik

Seit Jahren kritisiert die Linksfraktion im Bundestag und Europaparlament die europäische Handels- und Außenpolitik als eine der zentralen Fluchtursachen. Freihandelsabkommen mit Ländern des globalen Südens haben dort zur Vernichtung lokaler Märkte geführt, verhindern eine eigene selbstbestimmte ökonomische Entwicklung und die Umweltzerstörung hat massiv zugenommen. Dies hat die Lebensgrundlage vieler Menschen zerstört und damit lokale und regionale Konflikte verstärkt. Auch deutsche Waffenexporte tragen dazu bei, weltweit Kriege weiter anzuhetzen. Wichtige Abnehmerländer wie Saudi-Arabien und die Türkei unterstützen islamistische Milizen wie den sogenannte „Islamischen



Staat“ mit Waffen, trotz internationaler Dementi. Dazu kommt eine aggressive Regime-Change-Politik, die Länder wie Libyen, Syrien, Irak und jetzt auch Ukraine massiv destabilisieren und zu Millionen neuen Kriegsflüchtlingen geführt hat.

Infrastruktur nutzen statt abschrecken

In Deutschland steigt derweil die Anzahl der Übergriffe auf Flüchtlinge und deren UnterstützerInnen. Während der Sommertour bestätigte sich mein Eindruck, dass die Kapazitäten dem Bedarf weit hinterher hinken. Überbelegungen, fehlende Infrastruktur und vorausschauende Einbeziehung der Bevölkerung verursachen vielfach Konflikte, die von den herrschenden Parteien wiederum gerne instrumentalisiert werden für eine restriktive Flüchtlingspolitik und dem immer stärkeren werdenden Ruf nach schneller, konsequenter Abschiebung von Flüchtlingen. Für viele Probleme gäbe es sehr einfache Lösungen, z.B. wie das Aufstellen von Mülleimern und öffentlichen Toiletten, dennoch wird hier häufig Monate gewartet. Heike Hänsel sprach sich dementsprechend dafür aus, Aufnahme- und Unterbringungsstellen für Flüchtlinge auch verstärkt in Universitäts- und Großstädten einzurichten.

Diese verfügen über eine deutlich bessere Infrastruktur, auch sind Geflüchtete dort aufgrund der höheren Bevölkerungszahlen und Bevölkerungszusammensetzung deutlich weniger Übergriffen und Anfeindungen ausgesetzt. Oft werden auch die Kapazitäten, die Flüchtlinge mitbringen, seien es berufliche Qualifikationen oder auch eigene familiäre Kontakte in Deutschland, die schnell eine eigene Unterbringung ermöglichen würden, viel zu wenig beachtet oder eingesetzt.

Mein Fazit der Sommertour: Die Flüchtlingspolitik in Deutschland ist nach wie vor von Abschreckung durch mangelnde Kapazitäten denn Willkommen geprägt. Davon müssen wir endlich wegkommen. Die häufig beschworene „Willkommenskultur“ benötigt auch eine „Willkommensstruktur“, das heißt auch in Baden-Württemberg braucht es deutlich mehr Kapazitäten und Personal und die dafür notwendigen finanziellen Mittel. Aber auch der Bund muss eine Regelfinanzierung in den Haushalt aufnehmen, damit die Länder und Kommunen besser unterstützt werden können. Die LEAs in Baden-Württemberg sind völlig überbelegt, Anschlussunterbringungen schwierig, dabei wusste die Landesregierung seit zwei Jahren, dass hier enormer Handlungsbedarf ist. Es werden noch mehr Menschen kommen, wir müssen unsere Kommunen rechtzeitig, gemeinsam mit der Bevölkerung darauf vorbereiten. Es braucht weitere LEAs, da bieten sich Universitätsstädte an, die Tübinger Linke hat sich auch dafür eingesetzt, dass Tübingen eine LEA bekommt. Die Erfahrung zeigt: da, wo genügend Infrastruktur zur Verfügung steht, gibt es auch deutlich weniger Konflikte. Ich habe in Ellwangen Meßstetten und Konstanz auch sehr engagierte Menschen getroffen, die in den Einrichtungen arbeiten, und Ehrenamtliche, die sich für Flüchtlinge engagieren. Da gibt es viele tolle Beispiele, die unterstützt und weiterverbreitet werden müssen.

Kretschmann Vorschläge sind kontraproduktiv

Die beim „Flüchtlingsgipfel“ in Stuttgart gemachten Vorschläge der Landesregierung reichen bei weitem nicht aus. Schon jetzt erklären Gemeinde- und Landkreistag dieses Programm einstimmig zum ‚Tropfen auf den heißen Stein‘. Im Gegenteil, die angekündigten Repressalien und schnellen Abschiebungen zeigen, dass sich Ministerpräsident Kretschmann der rechten Stimmungsmache beugt. Auch die Vorschläge von Kretschmann, mehr Flüchtlinge in Ostdeutschland unterzubringen, sind kontraproduktiv und haben weder das Wohl der Geflüchteten, noch das Wohl der Bevölkerung im Sinn, sondern dienen vor allem der „Verbannung“ von Flüchtlingen in eine Randexistenz. Wir unter-

stützen die Forderung des Flüchtlingsrates nach einem „alternativen Flüchtlingsgipfel“, der UnterstützerInnen und selbstorganisierte Flüchtlingsinitiativen einbeziehen muss.

Terminhinweis: Vom 19. bis 22. August 2015 werden am Bodensee die Aktionstage „Fluchtursachen bekämpfen – Waffenexporte stoppen“ stattfinden, organisiert von Flüchtlingen und Bleiberecht-Initiativen. Zum Programm mehr unter: <https://refugees4refugees.wordpress.com/>

LINKE begrüßt Abschaffung des Kopftuchverbots

Die von der Landesregierung geplante Abschaffung des Kopftuchverbots in Schulen und Kindergärten wird von der LINKEN ausdrücklich begrüßt. Mit ihrem Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes reagiert die Landesregierung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ein solches Verbot für rechtswidrig erklärt hatte, soweit keine Störung des Schulfriedens davon ausgehe.



„Auf keinen Fall“, so die Spitzenkandidatin der Linken, Gökay Akbulut aus Mannheim, „darf dies aber als Freibrief dafür verstanden werden, Druck auf Schülerinnen oder Lehrerinnen auszuüben, ein Kopftuch zu tragen. In einer offenen und multireligiösen Gesellschaft muss der Staat in Religionsfragen neutral bleiben.“

Frischer Wind für die LAG Frauen

Bei einem Netzwerktreffen für Genossinnen in der LINKE Baden-Württemberg am 28. Juni bekam die Landesarbeitsgemeinschaft Frauen neuen Aufwind und gleich 13 neue Mitglieder. Besonders erfreulich war die gute Altersdurchmischung, die Hälfte der Teilnehmerinnen war unter 30. Die LAG wird damit ihre Arbeit wieder aufnehmen und Frauen in der Partei eine Anlauf- und Austauschstelle bieten.

Diskutiert wurden verschiedene Organisationsmodelle für LINKE Frauen, die unterschiedlichen Erfahrungen der Teilnehmerinnen in Frauen-Netzwerken vor Ort und Perspektiven für die frauenpolitische Arbeit im Landesverband Baden-Württemberg. Als vorübergehen-

de Sprecherinnen wurden gewählt Heide Heppach (Karlsruhe), Liana Klawitter (Heidelberg), Sahra Mirow (Heidelberg), Dagmar Uhlig (Stuttgart) und Eva Vogt (Reutlingen). Wir wollen den kommenden Landtagswahlkampf durch gezielte Aktionen bereichern und streben einen integrierten Frauenwahlkampf an. Unser Ziel ist es, möglichst viele Genossinnen hierbei einzubinden. Nach der Landtagswahl wird es ein landesweites Treffen der LAG Frauen geben, auf dem wir unsere Wahlkampf-Aktionen auswerten und die weiteren inhaltlichen Perspektiven diskutieren wollen. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war das Thema Frauen im Landtagswahlprogramm. Mit diesem Kapitel wollen wir frauenpolitische Schwerpunkte ausmachen und diese auch mit geeigneten Forderungen untersetzen. Denn nach wie vor gilt: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. In diesem Sinne freuen wir uns, dass die LAG frischen Wind und neue Mitglieder bekommen hat.

An alle interessierten Genossinnen, die sich gerne beteiligen möchten: Bitte meldet euch in der LGS unter lgs@die-linke-bw.de. Wir nehmen euch gerne in unseren Verteiler auf und freuen uns auf Aktionen und Diskussionen mit euch.

Sahra Mirow

„Die neue Erbschaftsteuer schützt die Privilegien der deutschen Oligarchen“

Der Bundestagsabgeordnete Richard Pitterle machte auf seiner Sommertour Halt beim Kreisverband Reutlingen. Thema des Abends war die Reform der Erbschaftsteuer. Ende letzten Jahres kassierte das Bundesverfassungsgericht einige Regelungen, durch die Erbinnen und Erben von Unternehmen von Erbschaftsteuer verschont wurden. Das Bundesverfassungsgericht akzeptierte zwar Steuerverschonungen zum Schutz von Arbeitsplätzen. Nicht jedoch unbegrenzte Ausuferung der Verschonungsregeln auch für Erben großer Vermögen ohne Bedürfnisprüfung.

Es geht bei der Debatte um nichts weniger, als den Kampf um die steuerliche Verschonung von milliardenschweren Privatvermögen der deutschen Unternehmerdynastien und Oligarchen. Geradezu bizarr erscheint dabei das fortwährende Kraken des SPD-Finanzministers Nils Schmid aus Baden-Württemberg, dem selbst die jetzige umfassende Steuerverschonung noch nicht weit genug

geht. Dabei würden Einnahmen aus der Erbschaftssteuer den Bundesländern zugutekommen, Geld, auf das Schmid offensichtlich verzichten will. Die Kandidatin der LINKEN im Wahlkreis Reutlingen, Jessica Tatti, machte deutlich, dass sie im Landtagswahlkampf auf diese Zusammenhänge verweisen will. Denn ihr Konkurrent im Wahlkreis heißt: Nils Schmid. – Pitterle hatte im Zuge der Sommertour noch weitere Termine in Lörrach und Ludwigsburg am 27. und 28. Juli. Am 29. Juli war er dann mit dem Parteivorsitzenden und Spitzenkandidat Bernd Riexinger in seinem eigenen Kreisverband Böblingen unterwegs.

„Die SPD ist bei TTIP umgekippt“

Eine Koalition aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen hat am 8. Juli die Position des Europäischen Parlaments (EP) zu dem umstrittenen Freihandelsabkommen der EU mit den USA mit großer Mehrheit verabschiedet. „Nach faulem Kompromiss zu Konzernklagerechten: TTIP stoppen“ so der Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Bernd Riexinger.

DIE LINKE sowie ein breites Bündnis aus Gewerkschaften und NROs machen sich stark für einen gerechten Welt-handel. Das geplante TTIP-Abkommen ist ein Angriff auf wichtige Rechte und Schutzstandards, die die Europäerinnen und Europäer seit dem 19. Jahrhundert errungen haben, und ordnet diese Konzerninteressen unter. Eine Koalition aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen hat am 8. Juli die Position des Europäischen Parlaments (EP) zu dem umstrittenen Freihandelsabkommen der EU mit den USA mit großer Mehrheit verabschiedet.

Grund für die plötzliche Einigung war ein Kompromissantrag von EP-Präsident Martin Schulz (SPD) zu Sonderklagerechten für Konzerne. Die hoch umstrittenen Schiedsgerichte werden einfach nicht mehr „ISDS“ genannt. Fakt ist aber: Investoren bekommen eine Sonder-Gerichtbarkeit fernab ordentlicher Gerichte, die sich ausschließlich



um das Wohl der Investoren bemüht. Aus der Werbebranche kennt man solche Tricks. Die Juniortüte heißt heute Happy Meal – drin steckt dasselbe nährstoffarme Zeug. Abgeordnete, die gegen ISDS sind, konnten heute nur noch gegen die gesamte Resolution stimmen. Das von Schulz gewählte Verfahren war ein Winkelzug, um TTIP-kritische Parteikollegen auf Linie zu bringen. Die SPD ist bei TTIP umgekippt. Jetzt braucht es noch mehr Druck der Bürgerinnen und Bürger.

DIE LINKE ruft gemeinsam mit einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen zu einer Großdemonstration am 10. Oktober nach Berlin auf, denn noch können wir diese unsinnigen und gemeingefährlichen Abkommen mit den USA und Kanada noch stoppen!

Kretschmann macht Grün-Rot zum verlängerten Arm von Wirtschaftsinteressen

Pressemitteilung Michael Schlecht (MdB) am 11.6.2015:

„Ministerpräsident Kretschmann macht sich zum Handlanger der Wirtschaft und die Grünen gleich noch zu einer Pro-TTIP-Partei“, kommentiert Michael Schlecht, Bundestagsabgeordneter der LINKEN und wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion, das Treffen von Winfried Kretschmann mit den Spitzen der baden-württembergischen Industrie- und Handelskammer. Baden-Württemberg belegt traurige Spitzenplätze bei atypischer und unsicherer Beschäftigung. Der Ministerpräsident hätte die Chance nutzen sollen, darüber mit den Unternehmervertretern mal ein ernstes Wort zu reden. Stattdessen redet Herr Kretschmann den Wirtschaftsvertretern bei der Erbschaftssteuer nach dem Mund. Sollen auch noch die reichsten Unternehmenserben von der Erbschaftssteuer ausgenommen werden? Leidtragende sind die Menschen, die auf staatliche Leistungen und eine gute öffentliche Infrastruktur angewiesen sind.

Auf Bundesebene geben sich die Grünen als Gegner von TTIP. Hier steht Herr Kretschmann nur an der Seite der Exportwirtschaft und vertritt nicht die Interessen von Beschäftigten und Verbrauchern. Verbraucher- und Umweltschutzstandards müsse man immer wieder überprüfen, verkündet er. Aber mit TTIP kommen diese unter die Räder. Das will die Landesregierung nicht verstehen. Und selbst bei der Kritik an den undemokratischen Schiedsgerichten bleibt Herr Kretschmann windelweich.

Aufruf zur Großdemonstration am 10. Oktober 2015 in Berlin

TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren und stärken sowie
- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staats-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen ein, die

- Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln;
- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhöhlen;

- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern;
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

Hierfür gehen wir am Samstag, 10. Oktober in Berlin auf die Straße. Demonstrieren Sie mit!

Unterstützt wird der bundesweite Aufruf von zahlreichen Organisationen u.a. von Attac, DGB, BUND, den Grünen und der LINKEN.

Griechenland hat über die Schmerzgrenze hinaus geliefert

Zu den voraussichtlich beginnenden Verhandlungen der EU-Kommission, Europäischen Zentralbank (EZB), des Internationalen Währungsfonds (IWF) und Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit der griechischen Regierung über ein drittes Hilfspaket erklärte Bernd Riexinger am 24. Juli:

Die Geldgeber müssen anerkennen, dass die Regierung in Athen mit der klaren Zustimmung zu dem zweiten Reformpaket gestern die versprochenen Reformschritte umgesetzt hat. Nun ist es an dem Quartett der Geldgeber ohne weitere Verzögerungen und Tricks zu einer schnellen Lösung beizutragen. Wir erwarten, dass von den Verhandlungspartnern keine weiteren künstlichen Hindernisse aufgebaut werden.

Wir haben immer gesagt, dass das Programm durch Erpressung zustande gekommen ist und Griechenland nicht wirklich aus der Krise herausführen wird. Die Kürzungspolitik und die Privatisierungen schaffen für das Land keine Zukunftsperspektiven. Die griechische Regierung braucht finanzielle Spielräume für die Bekämpfung der humanitären Krise und für öffentliche Investitionen zur Wiederbelebung der Wirtschaft und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Jetzt wird es darauf ankommen, ob die Geldgeber diese Spielräume eröffnen.

Wir erwarten, dass eine Umschuldung kommt und die Gläubiger endlich eine höhere Besteuerung der Reichen zulassen, einschließlich der ins europäische Ausland geschafften Vermögen reicher Griechen.

„Wir müssen die Erpressung angreifen“

Antrag auf ESM-Darlehen, „Reformliste“ und „Einigung“ auf Euro-Gipfel – Politische Bewertung von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch.

Die griechische Bevölkerung hat trotz erpresserischer Bargeldverknappung und Grexit- Angstkampagne eindrucks-

voll ihren Willen in dem Referendum zum Ausdruck gebracht: „Nein“ zum vergifteten Angebot der Institutionen, „Nein“ zu weiteren Reallohnkürzungen durch drastische Mehrwertsteuererhöhungen, „Nein“ zu weiteren Rentenkürzungen und „Nein“ zur weiteren Verschleuderung öffentlichen Vermögens.

Statt dieses demokratische Votum zu akzeptieren und ihre gescheiterte Krisenpolitik zu überdenken, haben Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und die Europäische Zentralbank (EZB) die Regierung in Athen in den Tagen nach dem Referendum weiterhin gnadenlos erpresst. Die alte Troika signalisierte, dass die EZB nur bei einer „Einigung“, die de facto einer Kapitulation der griechischen Regierung gleichkäme, die griechischen Banken wieder mit Liquidität versorgen würde. Erst mit neuer Liquidität könnten die Banken wieder öffnen.

Bei den Primärüberschüssen im Haushalt und Privatisierungen war die griechische Regierung bereits vor dem Referendum weitgehend auf das „Angebot“ der Institutionen eingegangen. In kompletter Ignoranz der demokratischen Willensäußerung verlangten die Gläubiger nach dem Referendum ultimativ von der griechischen Regierung bis zum 9.7.2015, noch weiter nachzugeben und ein neues „Reformpaket“ vorzulegen. Andernfalls hätte ein Antrag auf Finanzhilfe beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der zuvor von der griechischen Regierung eingereicht worden war, keine Chance.

Die daraufhin von der griechischen Regierung vorgelegte Liste, die das griechische Parlament inzwischen mit Stimmen der Opposition als Verhandlungsgrundlage gebilligt hat, entspricht in allen zentralen Fragen – Höhe der Primärüberschüsse, Mehrwertsteuererhöhungen, Rentenkürzungen und Privatisierungen – exakt dem „Vorschlag“ der Institutionen, den 61 Prozent der Griechen im Referendum abgelehnt hatten.

Dass Schäuble und anderen selbst das immer noch nicht ausreichte, zeigt die sogenannte Einigung vom Wochenende.

Bis zum bitteren Ende folgte Erpressung auf Erpressung

Bereits vor dem Gipfelwochenende hatte die griechische Regierung sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht. Das geplante Einnahmepplus durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer (auf 23 Prozent für die meisten Produkte, für die vorher der ermäßigte Satz von 13 Prozent gegolten hatte) ist mit einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) jetzt genau so hoch wie von den Gläubigern verlangt. Zum Vergleich: Auf Deutschland übertragen würden dem Mehreinnah-

men von 25 Milliarden Euro durch Erhöhung von Verbrauchssteuern entsprechen, eine spürbare Verteuerung, die vor allem Ärmere am härtesten trafe. Die Abschaffung des Mehrwertsteuerabatts für die meisten Inseln und sogar der hohe Mehrwertsteuersatz für Restaurants werden in der neuen griechischen „Reformliste“ akzeptiert. Außer Grundnahrungsmittel werden auch alle Lebensmittel von dem neuen Satz von 23 Prozent betroffen sein. Lediglich Hotels sollen noch in den Genuss des mittleren Mehrwertsteuersatzes von 13 Prozent kommen. Diese Maßnahmen verteuern nicht nur die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung erheblich, sondern bedeuten mehr Armut und eine erneute Strangulierung der Nachfrage auf dem Binnenmarkt. Auch der einzige noch halbwegs florierende Wirtschaftszweig, die Tourismusbranche, wird durch sie getroffen.

Bei den Renten bleibt es bei der Einführung der Rente mit 67 und der Verringerung der Möglichkeit für die Frühverrentung, obwohl letztere quasi als Ersatzsozialhilfe fungiert. Die Erhöhung der Beiträge für die Gesundheitsversorgung von 4 auf 6 Prozent bedeuten eine faktische Rentenkürzung von mindestens 2 Prozent für alle Rentner (durch Einbeziehung der Zusatzrenten für viele sogar noch mehr). Zusätzlich getroffen werden Bezieherinnen und Bezieher der bisherigen Solidarrente, die bis 2019 schrittweise abgeschafft werden soll. Insgesamt sollen sich die Rentenkürzungen bereits 2015 auf 0,25 bis 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und nächstes Jahr sogar auf 1 Prozent des BIP belaufen. Auch bei den Renten wurde der „Vorschlag“ der Institutionen damit vollständig übernommen.

Die Unternehmenssteuern werden nun, wie von den Institutionen verlangt, nur auf 28 anstatt auf 29 Prozent angehoben. Die Sonderabgabe für Unternehmen mit über 500 000 Euro Jahresgewinn ist vom Tisch.

Obwohl selbst vom IWF ein Schuldenschnitt gefordert wird und Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis diesen noch vor wenigen Wochen zur Bedingung für eine Vereinbarung gemacht hatte, ist von einem Schuldenschnitt im Paket der griechischen Regierung nichts zu finden. In dem Brief vom 8.7. an den ESM, in dem der Finanzhilfeantrag gestellt wird, heißt es lediglich, dass Griechenland auf Maßnahmen als Ergebnis einer „breitere Diskussion“ hofft, durch welche die griechischen Schulden wieder nachhaltig werden. Ähnliche Formulierungen hatten auch frühere Vereinbarungen mit Griechenland enthalten, ohne dass dem jemals Konsequenzen folgten.

Es gibt kein Investitionsprogramm in Höhe von 35 Milliarden Euro, sondern



nur einen unverbindlichen Hinweis auf bestehende EU-Investitionstöpfe.

Alexis Tsipras soll vor dem Parlament gesagt haben, dass diese Liste nicht im Einklang mit Syrizas Wahlversprechen steht. „Das Sparprogramm ist selbstmörderisch“, sagte Energieminister Panagiotis Lafazanis.

Trotzdem sah sich Alexis Tsipras auf dem Gipfeltreffen genötigt, weitere Zugeständnisse zu machen. Unter anderem sollen zentrale Punkte der oben genannten Forderungen bis Mittwoch, den 15.7.2015, im Eilverfahren durch das griechische Parlament gepeitscht werden. Darüber hinaus wurde die griechische Regierung gemäß der Erklärung des Euro-Gipfels vom 12.7.2015 zu folgenden „Mindestanforderungen“ verpflichtet, ohne die Verhandlungen über einen ESM-Kredit nicht aufgenommen werden:

- Kompletter Ausverkauf des Staatseigentums durch die Schaffung eines unabhängigen Privatisierungsfonds (Treuhandanstalt 2.0) unter Aufsicht europäischer Organe, dessen Erlöse während der Kreditlaufzeit 50 Milliarden Euro bzw. knapp 30 Prozent des aktuellen BIP erreichen sollen.
- Verpflichtung zu weiteren Kosteneinsparungen in der griechischen Verwaltung gemäß einem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan.
- Komplette Rückkehr der Institutionen nach Griechenland (Konsultierung bei jedem Gesetzentwurf in relevanten Bereichen, ehe die Öffentlichkeit informiert oder das Parlament befasst wird).
- Massive Deregulierung auf den Gütermärkten (u.a. verkaufsoffene Sonntage, Eigentum an Apotheken, Milch und Bäckereien sowie die Öffnung von „makroökonomisch relevanten geschlossenen Berufen, z.B. Fährbetrieb“).
- Privatisierung des Stromübertragungsnetzbetreibers
- Deregulierung der Arbeitsmärkte durch eine „tiefgreifende Überprüfung und Modernisierung der Verfahren für Tarifverhandlungen, Arbeitskampfmaßnahmen und, im Einklang mit den einschlägigen Richtlinien und bewährten Verfahren der EU, Massenentlassungen nach dem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan und Ansatz“.
- Rücknahme von Rechtsvorschriften der letzten fünf Monate – mit Ausnahme von Maßnahmen gegen die humanitäre Krise –, die im Widerspruch zur Vereinbarung vom 20.2.2015 und früheren Programmauflagen stehen. Außerdem wird betont, dass es keinen Schuldenschnitt geben wird. Stattdessen findet sich lediglich der Verweis auf die ange-deutete Möglichkeit aus dem No-

vember 2012, nach der eine weitere Streckung der Rückzahlungsfristen bestehen könnte. Der Finanzierungsbedarf wird für die dreijährige „Programmlaufzeit“ auf 82 bis 86 Milliarden Euro veranschlagt. Darunter rund 10 bis 25 Milliarden Euro für die Rekapitalisierung der griechischen Banken. In der „Programmlaufzeit“ würde eine weitere Milliarde Euro von privaten Gläubigern auf die europäischen Steuerzahler übertragen werden.

Fazit

Das Verhalten der Gläubiger – insbesondere der Bundesregierung – hat der Demokratie in Europa einen schweren Schaden zugefügt, weil der im Referendum zum Ausdruck gebrachte Wille der griechischen Bevölkerung durch Erpressung gebrochen wurde. Das sogenannte Verhandlungsergebnis vom Euro-Gipfel am 12.7.2015 läuft auf die Fortsetzung des fatalen Giftcocktails von Kürzungspolitik und sich verschärfender Wirtschaftskrise hinaus, der in den letzten Jahren ein Viertel der griechischen Wirtschaftskraft zerstört und die griechischen Schulden immer weiter erhöht hat. Die griechische Tragödie ginge so erneut in die Verlängerung. Das rund 85 Milliarden Euro schwere Griechenland-III-Kreditpaket, für das wieder die europäischen Steuerzahler haften sollen, dient im Wesentlichen erneut nur dazu, alte Schulden mit neuen Schulden zu bezahlen. Es wird absehbar selbst dafür nicht ausreichen, da – wie der IWF inzwischen unumwunden zugibt – die zugrunde liegenden Wachstums- und Überschussannahmen viel zu optimistisch sind. Man könnte sarkastisch sagen: weil es selbst dazu beiträgt, dass sich Wachstum in der griechischen Wirtschaft in den nächsten Jahren wohl kaum einstellen wird. Auch gibt es aus anderen Ländern einschlägige Erfahrungen, dass Mehrwertsteuererhöhungen in einer Krise die Einnahmen aus dieser Steuer oft sogar senken, weil der Effekt der Nachfragestrangulierung den Einnahmeeffekt überwiegt.

Statt neuer Giftlisten, die die Leistungsfähigkeit der griechischen Wirtschaft weiter ruinieren, braucht Griechenland die Klärung der Schuldenfrage z.B. durch einen Schuldenschnitt, wie Deutschland ihn nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten hat. Und statt einer weiteren Verschleuderung öffentlichen Vermögens durch Privatisierungen, die den Staat immer ärmer machen, braucht Griechenland eine Vermögensabgabe zulasten seiner Oligarchen, um die öffentliche Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Nur mit einem grundlegenden Kurswechsel weg von der Kürzungspolitik kann die griechische Wirtschaft reanimiert, der Sozialstaat

wieder hergestellt und letztlich auch der Schaden für die europäischen Steuerzahler minimiert werden.

Wer beim Referendum für ein „Nein“ war, um weiteren Kürzungsdiktaten eine Absage zu erteilen, kann jetzt nicht „Ja“ sagen!

Dass Syriza diesem Diktat trotzdem zustimmt, ist nicht ihr freier Wille. Wir müssen die Erpressung, die insbesondere seitens der deutschen Regierung stattgefunden hat, angreifen und in ihren verheerenden Wirkungen – auch für die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – attackieren.

linksfraktion.de, 14. Juli 2015

Persönliche Erklärungen zur Griechenland-Abstimmung am 17.7.2015

Persönliche Erklärung von Richard Pitterle (MdB)

Bei der Abstimmung über den Antrag der Bundesregierung am 17.7.2015, ihr ein Mandat zur Aufnahme der Verhandlungen mit der Republik Griechenland auf der Grundlage der Brüsseler Verhandlungen vom letzten Wochenende zu erteilen, werde ich mich enthalten.

1. Für den Antrag der Bundesregierung zu stimmen ist mir nicht möglich, weil dies als Vertrauen zur Regierung gewertet werden könnte. Wegen ihres Verhaltens in Brüssel kann ich Frau Merkel und Herrn Schäuble jedoch nur mein Misstrauen aussprechen. Die in Brüssel erzielten Verhandlungsergebnisse sind geeignet, die parlamentarische Demokratie und Souveränität des griechischen Staates in unerträglicher Weise zu beschränken. Wenn künftig die Gesetze, bevor sie in das griechische Parlament oder in die Öffentlichkeit eingebracht werden, vorher von den Institutionen geprüft werden müssen, die selbst keiner demokratischen Legitimation unterliegen, dann ist Griechenland zu einem Protektorat degradiert. Siebzig Jahre nachdem das deutsche Protektorat in meinem Herkunftsland (Tschechien) beendet wurde, wird in Griechenland auf Betreiben des deutschen Finanzministers ein neues Protektorat in Griechenland errichtet. Das macht mich fassungslos und wütend. Der Plan von Finanzminister Schäuble eines „Grexit“ auf Zeit, der mit Wissen und Zustimmung des SPD-Vorsitzenden Gabriel in die Verhandlungen eingebracht wurde, war ein Plan zur Spaltung Europas und hat dem Gedanken der europäischen Solidarität einen großen Schaden zugefügt. Als Rechtsanwalt habe ich in meinem Leben viele Vergleiche geschlossen, auch in vielen verfahrenen Situationen. Immer ging es dabei darum, dass beide

Parteien auch unter Gesichtswahrung in einer Win-Win-Situation mit dem Ergebnis leben konnten.

Die deutsche Verhandlungsstrategie in Brüssel war nicht auf einen solchen Ausgleich der Interessen, sondern auf Unterwerfung und Demütigung der griechischen Vertragspartner ausgerichtet. Es ging nie um einen fairen Ausgleich unter Berücksichtigung auch des im Referendum offenbarten Willens der griechischen Bevölkerung, sondern um die Kapitulation einer ungeliebten linken griechischen Regierung. Hierbei wurden Verpflichtungen diktiert, die nachweisbar in der Vergangenheit zum Absturz der griechischen Wirtschaft und zu einer humanitären Katastrophe geführt hatten. Sie werden die Rezession in Griechenland noch mehr vertiefen. Keine Festlegungen wurden in Brüssel darüber getroffen, wie das teilweise in Ausland gebrachte Vermögen der vermögenden Griechen zur solidarischen Mithaftung für die Krisenlasten unter Mitwirkung aller beteiligten Länder herangezogen werden könnte. Die Millionäre aus Griechenland haben in unserer Regierung eine gute Schutzmacht, denn nur die Schwächsten der Gesellschaft sollen wie bisher einseitig die Lasten der Krise tragen.

Der Inhalt und die Art der Verhandlungen durch Frau Merkel und Herr Schäuble haben dem Ansehen Deutschlands in Europa einen Bärendienst erwiesen. Wenn ein CDU-Politiker im Herrenmenschen-Ton ohne Konsequenzen oder Distanzierung durch seine Parteiführung anschließend verkünden darf „Der Grieche hat genug genervt“, dann werden bei Völkern, die in der Geschichte schon einmal Objekte des deutschen Hegemoniestrebens waren ungute Erinnerungen an frühere Zeiten wach. Ich schäme mich als Mitglied des Deutschen Bundestags für dieses Verhalten.

2. Wenn ich heute nicht mit NEIN stimme, dann deswegen, weil ein Antrag der griechischen Regierung auf Kredithilfen und Überbrückungskredit vorliegt. Die Verhandlung darüber will und kann ich nicht ablehnen. Auch will ich der griechischen Regierung nicht beserwischer in den Rücken fallen, die in dem von ihr gestellten Antrag beim gegebenen Kräfte- und Machtverhältnis auf europäischer Ebene die einzige Möglichkeit sieht, einen „Grexit“ und dadurch einen Schaden von den ärmsten Schichten ihrer Bevölkerung abzuwenden.

Ein NEIN könnte interpretiert werden als sei ich gegen Solidarität und Hilfe für Griechenland. Ich bin jedoch für eine Hilfe, aber eine die das Wachstum fördert, die das Land aufbaut und dem Land hilft eine effiziente Steuerverwaltung aufzubauen, um dort Steuergerechtigkeit herzustellen.

Persönliche Erklärung von Karin Binder (MdB), Karlsruhe,

zur Abstimmung am 17.07.2015 über das sog. 3. Hilfspaket und des Antrags des Bundesministers der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble „Stabilitätshilfe zu Gunsten Griechenlands“

Als LINKE-Politikerin muss ich dieses sogenannte Hilfspaket für Griechenland ablehnen. Eine Enthaltung würde bedeuten: „Macht ruhig weiter wie bisher“. Aber genau das darf nicht geschehen. Eine Zustimmung zu diesem Kurs der EU hätte zur Folge, dass die sogenannten Institutionen und die neoliberalen wirtschaftsstarke Industrieländer ihren Kurs – sogar noch bestärkt – weiterfahren. Ein Zitat aus dem „Euro Summit“ der Erklärung des Euro-Gipfels in Brüssel vom 12. Juli erklärt einen Teil meiner Befürchtungen und Kritik:

„... Die (griechische) Regierung muss die Institutionen zu sämtlichen Gesetzentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird...“

Damit wird die Souveränität des griechischen Staates aufgehoben, ein demokratischer Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung verhindert und die Rechte des Parlamentes beschnitten. Die Demokratie wird unter die Kontrolle der Institutionen gebracht. Dann hat Frau Merkel ihr Ziel einer „wirtschaftskonforme Demokratie“ erreicht. Das würde der Demokratie in allen EU-Ländern den Garaus machen. Das müssen wir verhindern.

Mit diesem Kurs findet eine Kolonialisierung der schwächeren EU-Länder statt. Griechenland ist erst der Anfang. Mit diesen sog. Hilfspaketen und einer neuen „Treuhand“ wird den internationalen Konzernen und Banken zugearbeitet. Die Verpflichtung zur Privatisierung hat für Griechenland denselben Kahlschlag zur Folge, den die ostdeutschen Bundesländer nach der Wende erlebten. Kein Volk kann von blühenden Landschaften leben. Mit Tourismus allein kann auch in Griechenland kein Wirtschaftssystem aufgebaut werden.

Griechenland braucht endlich den Schuldenschnitt (einen Verzicht der Gläubigerbanken auf einen Teil der Schuldentrückzahlung, die über die hohen Zinsen meist schon bezahlt wurden). Griechenland braucht ein Investitionsprogramm, um z.B. den Bereich alternativer Energien und andere Wirtschaftszweige auszubauen und damit Einnahmequellen erschließen zu können. Ohne ein solches

Programm wäre Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht so schnell auf die Beine gekommen. Griechenland hat damals trotz großer Kriegsschäden den Schuldenschnitt für Deutschland mitgetragen.

Nun soll stattdessen die griechische Regierung die Mehrwertsteuer erhöhen, die Renten weiter kürzen und Massenentlassungen vornehmen und gleichzeitig soll in kürzester Zeit die gesamte Verwaltung umgebaut werden. Das kann nicht funktionieren. Das ist ein Verarmungsprogramm. Die Verelendung der Bevölkerung wird damit weiter vorangetrieben. Griechenland wird damit zum Armenhaus Europas. Selbst ein Kapitalist müsste begreifen, dass das kein Ziel sein kann. Wer, bitteschön, soll denn künftig seine Produkte kaufen, wenn die Menschen in Griechenland und vielen anderen Ländern der EU kein Geld mehr in der Tasche haben? Als LINKE kann ich nur sagen: Ich bin empört über diese EU-Politik und die Politik die die Troika Merkel, Schäuble, Gabriel dort betreiben. Wir brauchen ein vereintes Europa und die Solidarität mit den Ländern, die noch nicht die wirtschaftliche Stärke und Finanzkraft haben wie Deutschland und andere. Nur ein soziales Europa hat eine Chance auf Gemeinschaft und eine gute Entwicklung.

Deshalb müssen wir als DIE LINKE. im Deutschen Bundestag gegenhalten und mit NEIN stimmen.

Griechenlands Kapitulation

15. Juli 2015, Kommentar von Michael Schlecht

Die griechische Regierung hat kapituliert. Sie beugt sich der Macht ihrer Gläubiger, vor allem der Bundesregierung. Griechenland wird damit endgültig zu einem Protektorat Brüssels mit Fernsteuerung aus Berlin. Was hatte Athen schon in der Hand? Alle Trümpfe lagen von Anfang an bei Wolfgang Schäuble und Angela Merkel. Sie können triumphieren. Bedrückend: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung steht hinter ihrer eisernen Mutti-Kanzlerin.



Michael Schlecht mit Alexis Tsipras

Dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras wurde das Messer an den Hals gesetzt, damit er ein brutales Kürzungs- und Austeritätsprogramm akzeptiert. Es ist schärfer als die Regelungen, die die Griechen eine Woche zuvor in einer Volksabstimmung abgelehnt hatten.

Nun geht der Kürzungskurs in Griechenland weiter. Mit ihm das Elend und die Hoffnungslosigkeit, dass Griechenland mit der weiteren binnenwirtschaftlichen Strangulierung aus der Krise kommen könnte. Merkel und Schäuble verwüsten das Land und ziehen eine Blutspur hinter sich her. Ihre Politik kostet auch Menschenleben: Die Selbstmorde in Griechenland haben stark zugenommen, Mangel an Wohnungen, Essen und Medikamenten tötet.

Doch Tsipras hatte keine Wahl. Es drohte der Absturz, bestenfalls ins Ungewisse, schlimmstenfalls ins Bodenlose. Griechenlands Bankensystem stand unmittelbar vor dem Zusammenbruch und damit der gesamte Zahlungsverkehr. Eine verschärfte Hunger- und Verelendungskatastrophe drohte, da Griechenland in der Lebens- und Arzneimittelversorgung in hohem Maße auf Lieferung des Auslandes angewiesen ist.

Über Schäuble und Merkel wird viel geschimpft – berechtigt! Bedrückend ist jedoch vor allem: Die Deutschen scheinen das harte Vorgehen zu mögen. Die Mehrheit hierzulande findet „die Griechen“ angemessen behandelt, viele

hätten sie gern härter bestraft gesehen.

Dabei leiden Millionen von Deutschen seit zehn bis 15 Jahren unter der Kürzungs- und Austeritätspolitik, die mit der Agenda 2010 verschärft wurde. Der Reallohn eines durchschnittlich bezahlten Beschäftigten in Deutschland liegt heute auf dem Niveau des Jahres 2000. Sicher, unter anderem im Metall- und Chemiebereich haben noch viele Stammbeschäftigte anständige Lohnerhöhungen durchsetzen können. Aber Millionen sind in den Hunger- und Niedriglohnbereich abgedrängt worden. Sie wurden in Leiharbeit, Befristungen, Scheinselbstständigkeit und Werkverträge gezwungen. Damit wurde auch die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt.

Die Folge war die Beschneidung der Kaufkraft und damit der Importe. Andererseits wurde mit niedrigen Lohnkosten, mit Lohndumping die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exportunternehmer massiv gesteigert. So konkurriert die deutsche Wirtschaft in Europa viele Nachbarn nieder und erlangte eine ungeahnte Vorherrschaft mit imperialen Zügen.

Oberschlaue Professoren verdrehen dies und bejammern die nicht mehr vorhandene Wettbewerbsfähigkeit der südlichen Euroländer, vor allem Griechenlands. Ihr Rezept: Lohn- und Sozialkürzungen. Dabei muss es um Lohnerhöhungen in Deutschland gehen! Solidaritätsbekundungen mit Grie-

chenland hierzulande sind schön und gut. Sie bleiben aber moralisch und oberflächlich ohne den entschiedenen Kampf gegen den Täter Deutschland, also gegen Leiharbeit, Befristungen, Scheinselbstständigkeit und Werkverträge. DIE LINKE hat dies zur Schwerpunkt-kampagne erklärt. <http://www.die-linke.de/nc/kampagne/aktuell/> Ohne eine Veränderung der deutschen Wirtschaftspolitik gibt es kein Ende der Eurokrise. Die vor allem Italien und Frankreich bedroht.

Es ist ein Drama: Viele Menschen sehen nicht, dass ihre eigene verschlechterte Lebenslage, ihre Lohnsenkungen zum Kampf gegen die Beschäftigten in anderen Ländern verwandt wurde. Oberflächlich gibt es verbreitet den Reflex: Wenn ich Opfer bringen muss, wenn ich sparen muss, dann sollen es die anderen auch tun. Wenn dieser Irrtum aufgebrochen werden kann, dann wird auch deutlich, weshalb die Grenzen nicht zwischen den Völkern verlaufen, sondern zwischen unten und oben.

Über die erpresserische „Einigung“ muss nun von den Parlamenten abgestimmt werden. In Griechenland wie auch in Deutschland. Als griechischer Syriza-Abgeordneter würde ich zähneknirschend mit „Ja“ stimmen. Als deutscher Abgeordneter jedoch kann es nur ein Nein geben zu dem antidemokratischen, antisozialen und antieuropäischen Vorgehen. DIE LINKE hierzulande hat die Freiheit dem griechischen Volk eine Stimme zu geben.

Schluss mit deutscher Kumpanei mit türkischer Kriegspolitik – Sofortiger Abzug der Patriot-Raketen

Anlässlich des durch die türkische Regierung für den 28. Juli einberufenen NATO-Treffens, erklärt Tobias Pflüger, stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

Die Bundesregierung fordere ich hiermit auf, eine Billigung oder Unterstützung der türkischen Angriffe im Irak und Sy-

rien durch die NATO auf dem morgigen NATO-Treffen zu verhindern. Sollte dies nicht geschehen, ist die – nachgeschobene – Erklärung von Ursula von der Leyen völlig ungläubwürdig, dass die Bundesregierung die Angriffe auf PKK-Stellungen nicht unterstütze.

Mit den nun erfolgten Angriffen – nicht nur auf PKK-Lager –, sondern

inzwischen auch auf YPG-Stellungen in der Nähe von Kobane, ist die Strategie der geschäftsführenden türkischen AKP-Regierung ganz offensichtlich: Ihr eigentliches Ziel ist es, die für sie „üblichen Verdächtigen“, also die PKK, linke und kurdische Kräfte, zu bekämpfen, dafür wird die offene Kumpanei des NATO-Staates Türkei mit dem Islamischen Staat ausgesetzt. Das schreckliche Attentat von Suruc wird nun von der türkischen Regierung als Vorwand genutzt, um gegen Oppositionelle vorzugehen. Weiteres Ziel scheinen offensichtlich auch Neuwahlen in der Türkei zu sein.

Die Bundesregierung hat bisher das Vorgehen des türkischen Staates hingenommen, gestützt und verteidigt. Hier ist nun endlich ein Bruch mit der türkischen Kriegs- und Eskalationspolitik notwendig.

DIE LINKE verurteilt den Angriffskrieg der Türkei insbesondere gegen die PKK und YPG-Stellungen im Irak und in Syrien. Weitere militärische oder politische Unterstützungsleistungen z.B. durch andere NATO-Partner an die türkische Regierung muss die Bundesregierung innerhalb der NATO verhindern.



Demonstration am 24. Juli in Heilbronn (Foto: Jürgen Patzelt)

DIE LINKE kritisiert die Razzien und Festnahmen von linken und kurdischen Aktivistinnen und Aktivisten scharf und fordert die Bundesregierung auf sich ebenfalls gegenüber türkischen Regierungsstellen für eine Ende dieser Razzien und eine Freilassung der dabei Festgenommenen einzusetzen.

DIE LINKE fordert den Abzug der in der Türkei stationierten PATRIOTS. Dies muss unverzüglich geschehen, anderenfalls macht sich die Bundesregierung mitschuldig an der türkischen Eskalationsstrategie und zieht Deutschland – via NATO – in diesen Krieg.

DIE LINKE ist weiterhin solidarisch mit den demokratischen und kurdischen Kräften in der Türkei, wie der HDP.

DIE LINKE hat immer wieder eine Aufhebung des PKK-Verbot in Deutschland gefordert, dies wird hiermit bekräftigt. Das PKK-Verbot ist nur noch eine Fortsetzung der türkischen Eskalationspolitik mit anderen Mitteln in Deutschland.

DIE LINKE wird auch weiterhin mit Beobachterinnen und Beobachtern vor Ort in der Türkei sein und die türkische Kriegspolitik und ihre bisherige Unterstützung durch die Bundesregierung auf allen politischen Ebenen thematisieren.

Die Toten von Suruc klagen an

Das Massaker in der türkischen Grenzstadt Suruc, bei dem ein 20-jähriger Selbstmordattentäter der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) 32 junge Menschen in den Tod riss und Dutzende verletzte, schockierte auch in Heilbronn die Anhänger kurdischer, alevitischer und linker Gruppen.

In einem Kulturzentrum der Stadt Suruc hatten sich freiwillige Aktivisten, Mitglieder der Sozialistischen Föderation der Jugendverbände, getroffen. Sie wollten in die nahegelegene syrische Stadt Kobane, welche durch die monatelangen Angriffe der IS-Truppen und die mutige Verteidiger der kurdischen Volkseinheiten weltweite Berühmtheit erlangte. Kobane ist vollkommen zerstört, die linken Jugendlichen wollten dort beim Wiederaufbau helfen. Das wurde dann durch das Blutbad verhindert.

In Heilbronn demonstrierten 300 Menschen gegen den Terror der IS, gegen die Verstrickungen der türkischen Regierung und im Gedenken an die Opfer und ihrer Hinterbliebenen durch die Innenstadt. Neben den Mitgliedern des Kurdischen Gemeinschaftszentrums waren dies Alewiten, Organisierte Linke (OL), Mitglieder von MLPD und DIE LINKE.

Im Redebeitrag der LINKEN wurde eine internationale Untersuchungskommission gefordert, die neben dem Mas-

saker in Suruc auch die Verstrickungen der türkischen Regierung in die Bewaffnung islamistischer Gruppen in Syrien aufarbeiten soll.

Ergin Özcan vom Alevitischen Kulturzentrum forderte, auch in Deutschland mehr auf radikalislamische Gruppen zu achten und kritisierte Erdogans taktisches Verhältnis zur IS. Die OL sprach sich für die Aufhebung des PKK-Verbots aus.

Orhan Ates, Vorsitzender des kurdischen Gemeinschaftszentrums, erinnerte an die Opfer des IS-Terrors und hob das fortschrittliche Gesellschaftsmodell in der syrisch-kurdischen Region Rojava hervor. Eine Entwicklung, die es zu verteidigen gilt.

Florian Vollert, Heilbronn

Veranstaltungsreihe zu den Wahlen in der Türkei/HDP

In Stuttgart, Heilbronn und Mannheim hat eine Veranstaltungsreihe zu den Parlamentswahlen in der Türkei stattgefunden. In Offenburg und Karlsruhe sind die Veranstaltungen noch in Planung. Vom 5. bis 10 Juni reiste eine Delegation politisch aktiver Menschen zusammen mit der linken Bundestagsabgeordneten Karin Binder aus Baden-Württemberg zur Wahlbeobachtung und zu Gesprächen mit KommunalpolitikerInnen der HDP nach Diyarbakir. Neben MdB Karin Binder nahmen teil: die LINKE Stadträtin Gökay Akbulut aus Mannheim, aus Heilbronn die Kreisvorstandsmitglieder der Partei DIE LINKE Jürgen Patzelt und Ergün Özcan, der auch Vorstandsmitglied der Alevitischen Gemeinde Baden-Württemberg ist. Aus Stuttgart nahm die Dolmetscherin und Sprecherin des AK Asyl Gülseven Güzel an der Reise teil. Aus Lahr der Kreis- und Stadtrat der LINKEN, Lukas Oßwald sowie Rudolf Bürgel aus Karlsruhe vom Verein „Flüchtlingskinder Diyarbakir e.V.“

Bei den Parlamentswahlen in der Türkei am 7. Juni 2015 verpasste die islamisch-konservative AKP die absolute Mehrheit und das Linksbündnis HDP schaffte es, die 10%-Hürde zu überwinden und einen historischen Sieg zu erlangen. Im Rahmen der Veranstaltungen wurden die Eindrücke und Erlebnisse der DelegationsteilnehmerInnen berichtet. Die Entwicklungen nach den Wahlen und der Kurs der AKP Regierung wurden diskutiert. Die Koalitionsverhandlungen laufen weiterhin auf Hochtouren aber auch Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen. Welche Strategie die AKP Regierung einschlagen wird und welche Chance der Friedensprozess mit den KurdInnen hat, wurde erörtert. Die Frage nach der Perspektive der KurdInnen in Rojava/Syrien sowie

der Demokratisierung der Türkei nach den Wahlen standen im Mittelpunkt der Diskussionen.

In Heilbronn referierten Karin Binder, (MdB) Memet Kilic, MdB a.D., Bündnis 90/Die Grünen und die VertreterInnen der Alevitischen Gemeinde Baden-Württemberg Ruhan Karakul und Ergün Özcan. Es wurden Bilder von der Reise gezeigt und der Wahlkampf der HDP vorgestellt.

In Stuttgart wurde die Veranstaltung mit den beiden Delegationsteilnehmern E. Özcan und J. Patzelt sowie mit dem Parteivorsitzenden Bernd Riexinger durchgeführt. Es wurde auf die Repressionen der AKP-Regierung gegenüber der HDP eingegangen.

In Mannheim haben R. Bürgel und G. Akbulut über mögliche Zusammenarbeit auf kommunalpolitischer Ebene berichtet sowie Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung dargestellt.

EL Sommer-Uni diskutierte Zukunft Europas

Bericht von Claudia Haydt / Mitglied des Vorstands der Europäischen Linken

Im tschechischen Litoměřice fand vom 8.-12. Juli die 10. Sommer-Universität der Europäischen Linken (EL) statt. Im Rahmen eines anspruchsvollen Programms [<http://european-left.org/summer-university-2015>] diskutierten etwa 170 Menschen aus mehr als 20 europäischen Ländern, wie das Projekt einer „Allianz gegen Austerität“ in den einzelnen Ländern verankert werden und wie die europäische Koordination besser funktionieren kann. Um angesichts der unsäglichen Erpressungspolitik gegenüber der griechischen Regierung nicht sprachlos zu bleiben, verabschiedeten die Anwesenden einen „Appell von Litoměřice“ [<http://european-left.org/de/positions/news-archive/10-el-sommeruni-appell-von-litomerice-tschechien>] in dem deutlich der Kurs von Schäuble und Co kritisiert wird. Diese Politik „richtet sich nicht nur gegen die Linke, sondern gegen alle Kräfte in Europa, die sich für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen.“

In den Debatten [<http://www.european-left.org/summer-university-party-european-left-debates-future-europe>] ging es neben der ökonomischen Situation auch um zahlreiche feministische Themen, antidemokratische Freihandelsabkommen und die Situation in Lateinamerika. Pierre Laurent, der Präsident der EL, machte klar, dass es keine rein nationalen Wege aus der ökonomischen und politischen Krise gebe und sprach sich zudem gegen eine Militarisierung der Europäischen Union aus.

In unmittelbarer Nachbarschaft von Litoměřice liegt Theresienstadt (Tere-

zin). Um an das Leiden der Menschen zu erinnern, die dort Opfer der NS-Rassenideologie oder politischer Verfolgung wurden, organisierte die EL eine Gedenkzeremonie auf dem Gräberfeld von Terezin.

Vor diesem Hintergrund ist es selbstverständlicher Auftrag einer europäischen Linken sich auch heute jeder rechten, rassistischen und chauvinistischen Ideologie entgegen zu stellen. Angesichts der Berichte über ausländerfeindliche Hetze in vielen Ländern und der Realität des Massensterbens im Mittelmeer war allen klar, dass der Weg zu einem solidarischen und humanistischen Europa noch weit ist. Die gemeinsamen Debatten und auch das gemeinsame Feiern gaben gleichwohl Kraft und Motivation für diesen Kampf.

Einige Impressionen von der Sommer-Uni auf der Facebook-Seite der EL [<https://www.facebook.com/pages/Party-of-the-European-Left/>].

Für eine neue Entspannungspolitik!

In einer gemeinsamen Erklärung fordern die Vorsitzenden der LINKEN, Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie der Nationale Sekretär der Französischen Kommunistischen Partei, Pierre Laurent, anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki eine neue europäische Entspannungspolitik. Hier Auszüge:

Heute müssen wir feststellen: Alle Hoffnungen, dass mit dem Ende der Blockkonfrontation die Kriegsgefahr in Europa gebannt sei, haben sich als trügerisch erwiesen. Der Aufbau eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa ist eine geschichtliche Notwendigkeit, die lange genug versäumt wurde. Die Erkenntnis des KSZE-Prozesses, dass die eigene Sicherheit nur dann gewährleistet ist, wenn der tatsächliche, potenzielle oder antizipierte Gegner sich ebenfalls sicher fühlen kann, wurden sträflich vernachlässigt und zugunsten einer neuen Phase der machtpolitischen Auseinandersetzung aufgegeben. Wir sagen ganz deutlich: Die Nato ist Teil des Problems. Durch ihre Fixierung auf ein Militärbündnis wurde die der Schlussakte von Helsinki zugrunde liegende Idee eines Friedensraums von Vancouver nach Wladiwostok entscheidend geschwächt, militärisches Denken trat wieder in den Vordergrund. Wir appellieren deshalb an alle europäischen Regierungen, sich auf die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki zu besinnen und daraus eine neue Entspannungspolitik zu entwickeln, mit der gewaltsame Konflikte und nukleare Bedrohung endlich von unserem Kontinent verschwinden.

Bericht zur Veranstaltung des Landesvorstandes „Israel, Palästina und die Linke“ am Sonntag, 5.7.2015 in Stuttgart

Der letzte Landesparteitag hatte den Landesvorstand beauftragt, eine Veranstaltung zum Thema „Israel, Palästina und die Linke“ durchzuführen, um verschiedene auch differente Fragen und Positionen zum Thema zu diskutieren.

Diese Veranstaltung mit Seminarcharakter fand am 5. Juli in Stuttgart, Möhringen statt und wurde von rund 30 TeilnehmerInnen besucht. Verschiedenste Positionen zum Thema waren vertreten.

Ausgangspunkt war wie geplant ein Referat von Harri Grünberg, Referent bei Wolfgang Gehrke (MdB, die LINKE). Daran schlossen sich mehrere ausführliche Fragen- und Diskussionsrunden an. Die Diskussionen verliefen solidarisch, in hohem Maße kooperativ und auf sehr fundiertem fachlichen und sachlichen Niveau. Daran hatte Harri Grünberg einen wichtigen Anteil sowie aber auch alle TeilnehmerInnen. An der Veranstaltung beteiligte sich auch eine Gruppe von Palästinensern, die wichtige und authentische Beiträge zur Diskussion und zum besseren Verständnis der Lage leisteten.

Nach der Mittagspause verständigten sich die TeilnehmerInnen darauf, die Veranstaltung im Plenum weiter zu führen und keine Arbeitsgruppen einzurichten. Im Plenum wurde dann nach einem

Einleitungsbeitrag das Thema „Antisemitismus“ behandelt sowie nach einem weiteren Einleitungsbeitrag von Harri Grünberg die Frage der Fortführung der Diskussion in der LINKEN.

Die TeilnehmerInnen verständigten sich auf folgende nächste Schritte:

- Einen Bericht über die Diskussion mit der Dokumentation des Beitrages „Für eine friedliche Lösung des israelisch palästinensischen Konfliktes“ aus dem Bundesausschuss vom 20./21.2.2015. Weitere Diskussion des Beitrags der AG des Bundesausschusses („Für eine friedliche Lösung ...“ (s. Kasten)) auch im Landesverband mit dem Ziel der Verabschiedung durch den Bundesausschuss.
- Unterstützung von Maßnahmen zur Durchsetzung der Forderung nach Anerkennung Palästinas durch die Bundesregierung. Dazu liegt ein Antrag der Bundestagsfraktion vor, der zum geeigneten Zeitpunkt in Abstimmung mit dem Vorgehen der linken Fraktionen in anderen europäischen Parlamenten im Bundestag eingebracht werden soll. Das Seminar endete um ca. 17 Uhr und wurde von allen Beteiligten als sehr positiv bewertet.
- *Barbara, Christoph, Gökyay*

Dokument:

Für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts

Beitrag des Bundesausschusses vom 21. und 22. Februar 2015 zur Debatte in der LINKEN (Auszüge)

- Für eine friedliche Lösung des israelisch palästinensischen Konfliktes
- Für die Zweistaaten-Lösung Israel, Palästina, die friedlich und in gesicherten Grenzen seit an Seit existieren.
- Für die Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung.
- Gegen Antisemitismus weltweit, Auseinandersetzung und Zurückweisung jeder Form des Antisemitismus.

(...)

Kernpunkte linker Politik zur Beilegung des Nahostkonfliktes sind:

- DIE LINKE setzt sich für die Durchsetzung einer geregelten, lebensfähigen Zweistaatlichkeit zwischen Israel und Palästina ein. Sie tut dies in dem Wissen, dass die Chancen für eine Zweistaatenlösung insbesondere aufgrund der israelischen Siedlungspolitik immer weiter abnehmen. Die Blockade des Gazastreifens muss aufgehoben werden. Frieden und Sicherheit für Israel er-

fordern Gerechtigkeit und Rechte für die Palästinenserinnen und Palästinenser.

- DIE LINKE tritt für einen dauerhaften und geregelten Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas ein. Die israelische Regierung muss gemeinsam mit der palästinensischen Autonomiebehörde einen neuen verbindlichen Fahrplan für Friedensgespräche vereinbaren und ihre Blockadepolitik gegenüber der palästinensischen Einheitsregierung aufgeben.

- Jetzt muss der Druck auf die Regierung Netanjahu erhöht werden, die Verhandlungen für eine Zweistaaten-Regelung wieder aufzunehmen. Dies setzt voraus, dass die israelische Regierung den Siedlungsbau als Haupthindernis für eine Lösung des Konfliktes einstellt und ihre Bereitschaft erklärt, dem palästinensischen Staat volle Souveränität auch über seine Grenzen zuzusichern. Eine andauernde Stationierung israelischer Truppen im Westjordanland, wie sie der israelische Außenminister Avigdor

Lieberman im Juni 2014 forderte, würde die Lebensfähigkeit und Souveränität eines künftigen palästinensischen Staates massiv eingrenzen und kann darum keine Lösung darstellen.

- Die Bundesregierung ist gefordert, die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik genau wie die Blockade des Gazastreifens und die israelische Kriegsführung im Sommer 2014 unmissverständlich zu verurteilen.

- Europa muss sich weiter am Wiederaufbau des Gazastreifens beteiligen. Die EU muss auf die israelische Regierung einwirken, damit die bei der Geberkonferenz im Oktober 2014 zugesagten 4,3 Milliarden Euro Wiederaufbauhilfe eingesetzt und Materialien in den Gazastreifen eingeführt werden können. Die 1,8 Millionen Menschen im Gazastreifen müssen eine politische, soziale und ökonomische Perspektive erhalten. Voraussetzung hierfür ist die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens.

- Europa kann bei der Errichtung eines dauerhaften Grenzregimes zwischen dem Gazastreifen und Ägypten nur dann helfen, wenn Israel das Konzept der dauerhaften Besatzung des Gazastreifens aufgibt. Dessen andauernde Abriegelung hat dazu geführt, dass er zum größten Freiluftgefängnis der Welt geworden ist. Europa darf auf keinen Fall zum Erfüllungsgehilfen einer gewandelten israelischen Blockadepolitik gegenüber dem Gazastreifen werden.

- Die Palästinensische Autonomiebehörde hat mehrfach ihre Bereitschaft bekundet, einen selbständigen Staat Palästina zu entmilitarisieren. DIE LINKE ist der Ansicht, dass Grundvoraussetzung für die Entmilitarisierung Palästinas sein muss, dass den Palästinenserinnen und Palästinensern gegenüber Garantien für ihre Sicherheit und die Souveränität ihres Staates ausgesprochen werden. Der Gazastreifen muss in eine solche Regelung einbezogen werden. Dies setzt voraus, dass die palästinensische Einheitsregierung das Gewaltmonopol des Staates auch im Gazastreifen ausübt. Dies ist ein Kernstück des ägyptischen Friedensplans. Die längst überfälligen Wahlen müssen sowohl im Gazastreifen als auch in der Westbank schnellstmöglich durchgeführt werden.

- Europa darf den Abbau demokratischer Rechte in Israel durch die Rechtsregierung nicht widerspruchslos hinnehmen. Zivilgesellschaftliche Organisationen, aber vor allem die Rechte der israelisch-palästinensischen Bevölkerung sind massiv bedroht. Rassismus und Araberfeindlichkeit existieren nicht nur an den Rändern der israelischen Gesellschaft, sondern breiten sich auch in ihrer Mitte aus.

- Wir verurteilen die antidemo-

kratische Haltung der Hamas und treten ein für demokratische, politische und Minderheitenrechte in den palästinensischen Gebieten.

- DIE LINKE setzt sich für die sofortige Aufnahme Palästinas als Vollmitglied der Vereinten Nationen ein. Die deutsche Bundesregierung ist aufgefordert, die Beziehungen zur palästinensischen Autonomiebehörde entsprechend aufzuwerten und der palästinensischen Vertretung in Deutschland den vollständigen Rang einer Botschaft zuzuerkennen.

- DIE LINKE fordert von der Bundesregierung, den Staat Palästina anzuerkennen und die palästinensische Resolution, die ein weiteres Mal in den Weltsicherheitsrat eingebracht werden soll, zu unterstützen.

- DIE LINKE setzt sich für die territoriale Integrität der Staaten im Nahen Osten ein. Veränderungen in der Grenzziehung sind nur nach Zustimmung aller beteiligten Seiten und unter der Vermittlung der UNO möglich.

- DIE LINKE setzt sich für ein Verbot von Waffenexporten in den Nahen und Mittleren Osten ein. DIE LINKE lehnt die Lieferung von Militärgerät und Rüstungs-Knowhow für alle Staaten des Nahen Ostens, einschließlich Israel und die Golfstaaten, ab.

- DIE LINKE setzt sich für gerechten Handel mit den Staaten des Nahen Ostens, der den Raubbau an Naturressourcen und die neoliberale Zerstörung ausschließt, ein. Ohne sozialen Ausgleich und ohne offene Grenzen zu Europa sind islamistische Bewegungen auf dem Vormarsch. Kulturelle Vielfalt und religiöse Toleranz müssen ebenso wie der Verzicht auf Gewalt Markenzeichen linker Politik sein.

- Zur Regelung der Konflikte im Nahen Osten bedarf es einer starken UNO, die strikt ihr Gründungsformat einhält. Die UNO basiert auf dem Prinzip der Charta der Vereinten Nationen. Der Westen ist bestrebt, die UNO in seinem Kampf um geopolitische Dominanz zu instrumentalisieren. Es geht häufig in erster Linie darum, die eigenen wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen durchzusetzen.

- DIE LINKE wendet sich gegen jede Form von Antisemitismus in Deutschland und anderswo auf der Welt. Vergleiche mit dem Holocaust sind inakzeptabel. Sofern das Existenzrecht Israels und der jüdischen Bevölkerung, die über die Jahrzehnte eine nationale Identität entwickelt hat, in der Region nicht in Frage gestellt wird, ist Kritik an der israelischen Regierung legitim und kann nicht per se als antisemitisch eingestuft werden.

- Die Debatte über Zweistaatlichkeit oder Einstaatlichkeit, also zwei Staaten, die friedlich nebeneinander

existieren oder eines gemeinsamen binationalen Staates, in dem alle Ethnien gleichberechtigt miteinander leben, ist auch in der israelischen Linken voll entbrannt. Hintergrund dieser Debatte ist, dass eine Zweistaatenregelung aufgrund des fortschreitenden israelischen Siedlungsausbaus in den besetzten palästinensischen Gebieten immer unmöglicher wird. DIE LINKE setzt sich zwar für die Zweistaaten Regelung ein, hält die Debatte über Alternativen zu dieser Lösung aber für legitim und nicht für einen Ausdruck von Antisemitismus, solange das Selbstbestimmungsrecht der jüdischen Bevölkerung in einer staatlichen Entität, die von ihr mitgeprägt ist, nicht infrage gestellt wird.

- DIE LINKE weist die Beschimpfungen gegen jüdische Gegner des Zionismus, die vom rechten Flügel des Zionismus als jüdische Selbsthasser oder Antisemiten beschimpft werden, entschieden zurück. Jüdische Gegner des Zionismus sind für uns ebenso Dialogpartner wie nicht zionistische Linke (Chadasch Bündnis KP-Israels) oder die linkszionistisch-sozialistischen Partner bei der Meretz Partei in Israel.

vollständiger Text unter: <http://www.die-linke.de/partei/organe/bundesausschuss/bundesausschuss-2014-2015/beschluesse-und-erklarungen/fuer-eine-friedliche-loesung-des-israelisch-palaestinensischen-konflikts-beitrag-zur-debatte-in-der-linken/>

**DIE LINKE Landesarbeitsgemeinschaft Frieden Baden-Württemberg
Landesweiter
friedenspolitischer
Ratschlag 2015**

**Samstag, 17. Oktober 2015, Ort:
voraussichtlich Regionalbüro Ulm,
Lindenstr. 24 (Ankündigung auf der
Internetseite beachten)**

Programmvorschlag

11 Uhr: Kommando Regionale Führung in Ulm • Referent: Alexander Neu (MdB)

12.15 Uhr: Mittagspause mit Kundgebung vor Ort

13 Uhr: Rüstungs- und militärische Liegenschaftskonversion im Ländle • Referentin: Claudia Haydt (Vorstand Europäische Linkspartei)

14.30 Uhr: Schulfrei für die Bundeswehr (Bundeswehrwerbung, Kooperationsvereinbarung, ...) • Referent: Andreas Seifert (IMI)

15.45 Uhr: 60 Jahr Bundeswehr- Kein Grund zum Feiern • Referent: Tobias Pflüger (stellvertretender Parteivorsitzender)



Geschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides (Landes-schatzmeister), Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon 0621-331650, Fax 0621-331656, christoph.cornides@die-linke-bw.de. • Sahra Mirow, sahra.mirow@die-linke-bw.de • Barbara Rochlitzer, b.rochlitzer@die-linke-stuttgart.de • Heidi Scharf, heidi.scharf@die-linke-bw.de • Dirk Spöri, dirk.spoeri@die-linke-bw.de • Bernhard Strasdeit (Landes-geschäftsführung), Telefon: 07071-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: 07071-23946, Mail: strasdeit@die-linke-bw.de

Landesschiedskommission

Landesschiedskommission DIE LINKE, Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg IBAN: DE58 6001 0070 0289 5827 00, BIC: PBNKDEFF BLZ: 60010070, Konto 289582700

Kreisverbände

Baden-Baden/Rastatt

Beate Schneider, 76530 Baden-Baden, 07221/72845, Mail: bea-schneider@web.de. Norbert Masson, 76477 Elchesheim-Illingen, 07245/6051, Mail: badnerbu@aol.com, Net: www.baden-baden.die-linke-bw.de

Biberach

Uli Widmann, 88491 Riedlingen, 07371/3390, uliwidmann@aol.com, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Regionalbüro Bodensee-Oberschwaben, Wilhelmstraße 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 44, eMail: detlef.boehnert@dielinke-bodensee.de

Böblingen

Kreisgeschäftsstelle DIE LIN-

KE. Böblingen, Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel.: 07031/6337773, mail: info@linke-bb.de, www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

siehe auch Regionalbüro Freiburg, Mail: vorstand@dielinke-breisgau.de, Net: www.dielinke-breisgau.de

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051-3516, Mail: all-pro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, 79183 Waldkirch, Tel.: 07681-23143, Mail: vorstand@die-linke-emmendingen.de, net: www.die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Heinrich Brinker, Telefon: 0171/4239869, Mail: heinrich_brinker@t-online.de, Net: www.die-linke-esslingen.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761/29280730, Mail: vorstand@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Über Landesgeschäftsstelle

Göppingen

Thomas Edtmaier, 73033 Göppingen, Tel.: 07161/4019042, Mail: info@edtmaier-home.de

Heidelberg / Badische Bergstraße

Carsten Labudda, Theodor-Heuss-Str. 14, 69469 Weinheim, Tel: 06201/876758; Mail: carsten.labudda@dielinke-kv-heidelberg.de; Net: www.dielinke-kv-heidelberg.de

Heidenheim

Dieter Köhler, Buchhofsteige 28, 89522 Heidenheim a.d. Brenz, Tel.: 07321-955873, Mail: dieter.koehler@voith.com

Heilbronn

Florian Vollert, Amselweg 7, 74189 Weinsberg, 0176-23787711, florian.vollert@dielinke-heilbronn.de

Hohenlohe / Schwäbisch-Hall

Kai Bock, 01726910468, kai.bock@die-linke-sha.de, http://die-linke-sha.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Kraichgau-Neckar-Odenwald

Christian Anschutz, Eleonore Ortgies, Gerold Seitz; Tel.:

072616596000 Email: Info@die-Linke-KNO.de Web: www.die-Linke-Kno.de. Postanschrift über: c/o WK-Büro Michael Schlecht, T6 37, 68161 Mannheim

Lörrach

Manfred Jannikoy, Schwarzwaldstraße 21, 79539 Lörrach, Mail: kreisvorstand@dielinke-loerrach.de; Net: www.dielinke-loerrach.de

Ludwigsburg

Sebastian Lucke, Mobil: 0175 564 99 35, Mail: sebastian.lucke@hotmail.de; Web: http://www.ludwigsburg.die-linke-bw.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341-600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Kreisverband Mannheim, T6, 37, 68161 Mannheim, Tel: 0621-1227218 (mit AB) • Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621-306216, Mail: ttrueper@aol.com. • Elli Brinkschulte, Tel.: 0621/1227218, eMail: elli.brinkschulte@dielinke-ma.de

Ortenau

Markus Widera, 77716 Haslach i.K., Tel.: 0162-2420331, Mail: markus.widera@dielinke-ortenau.de

Ostalb

Christa Klink, 73434 Aalen, 07361/41743, klink.christa@t-online.de

Pforzheim

Claus Spohn, claus.spohn@online.de, www.die-linke-pforzheim.de

Ravensburg

Michael Konieczny, Webergasse 9, 88299 Leutkirch, Tel.: 0162-1332334, Mail: m_konie@web.de, www.die-linke-ravensburg.de

Rems-Murr

Reinhard Neudorfer, Telefon: (07151) 5 48 06; Mail: reinhard.neudorfer@die-linke-rems-murr.de. Net:http://linke-bw.de/kv-rems-murr/

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121-600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de • Rüdiger Weckmann, 72764 Reutlingen, Tel.: 07121-44792, eMail: weckmann@kabelbw.de

Rhein-Hardt

Heinrich Stürtz, Tel. 06221/6738478, h.l.stuertz@gmx.net, www.die-linke-rhein-hardt.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Paul Wächter, Tuttlingen, Tel.: 07461-6558, Mail: vorstand@die-linke-schwarzwald.de, net: www.die-linke-schwarzwald.de

Sigmaringen

Über Landesgeschäftsstelle

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-72236848, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Die Linke KV Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen. Tel.: 07071-208811. Info@die-linke-tuebingen.de. www.die-linke-tuebingen.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754-929243, paul.barrois@web.de

Zollernalb

Andreas Hauser, Meßstetten, mobil: 0152/56602713 Mail: A.u.T.Hauser@t-online.de

Zusammenschlüsse

LAG Antikapitalistische Linke
AKL, Werner Ott, w.ott@die-linke-stuttgart.de

LAG Antifa

Reinhard Neudorfer, 07151-54806, ckramerneudorfer@onlinehome.de

LAG Betrieb und Gewerkschaften

Stefan Dreher, 0162-2352964, mail@stefandreher.de

LAG Bildung

Erhard Korn, lag-bildung@kabelbw.de

LAG Bürgerrechte und Demokratie

Dr. Edgar Wunder, 0151-22671258, mail@edgarwunder.de

LAG Forum Demokratischer Sozialismus

Marco Radojevic, Sierenmoostr. 1. 78464 Konstanz, Tel. 01523 434 7561, Mail: marco.radojevic@gmx.de.

LAG Frieden

Thomas Haschke, 0711-81477965, thomas.haschke@gmx.de

LAG Frauen

Susanne Weiß, susannegweiss@gmail.com

LAG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 0761-131516, lothar_schuchmann@gmx.de

LAG Grundeinkommen

Eva-Maria Glathe-Braun, evamaria_glathe@gmx.de

LAG Hartz 4

Jürgen Steinhof, 0176/

19363080, steinhof55@hotmail.com

LAG Kommunistische Plattform
Renata Eckhoff, 07331-66520, renata.eckhoff@t-online.de

LAG Linke Unternehmer/innen
Volker Bohn, 0151-14906528, volker.bohn@dielinkeunterland.de

LAG Ökologische Plattform
Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

LAG Queer
Christian Stähle, 0171-9181900, Stadtrat-Staehle@gmx.de

LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik
Gotthilf Lorch, 07071-369783, gotthilf.lorch@amici-tue.de

Hochschulgruppen DIE LINKE.SDS

Freiburg: jt.meier@gmx.de • Heidelberg: www.sds-heidelberg.de • Karlsruhe: die-linke@usta.de • Konstanz: rykenkratzer@hotmail.com • Ludwigsburg: urdenc@gmail.com • Mannheim: sds@dielinke-ma.de • Tübingen: www.solid-sds.de

Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe, Tel: 0721-35489341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Bundestags- abgeordnete

Regionalbüro Ostwürttemberg
Gartenstr. 74, 73431 Aalen

Wahlkreisbüro Heike Hänsel
Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071-208810, Fax: 07071-208812, heike.haensel@wk.bundestag.de, www.heikehaensel.de • Regionalbüro Ostwürttemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731-3988823, Fax 0731-3988824, ulm@heikehaensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder
Schützenstr. 46, 76137 Karlsruhe. Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de • Regionalbüro Freiburg, Greiffeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-292807301, gregor.mohlberg@die-linke-bw.de

Wahlkreisbüro Michael Schlecht
T6 37, 68161 Mannheim, Tel. (0621) 401713-7, Fax: (0621) 401713-9, michael.schlecht@wk2.bundestag.de, www.michael-schlecht.net
Stuttgart Bürgerbüro, Marienstr.

3a, 70178 Stuttgart; michael.schlecht@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Annette Groth
Wilhelmstr. 31, 88045 Friedrichshafen, Tel.: 07541/6 01 72 43, Tel.: 07541/6 01 72 44, annette.groth.wk@bundestag.de

Wahlkreisbüro Richard Pitterle
Wilhelmstr. 24, 71034 Böblingen, Tel. (07031) 8184868, Fax: (07031) 8184869, richard.pitterle@wk.bundestag.de, www.richard-pitterle.de
Regionalbüro Heilbronn, Allee 40, 74072 Heilbronn, Tel. (07131) 8971992, Fax: (07131) 8971993, richard.pitterle@wk2.bundestag.de

Kommunalmandate

Aufgeführt sind die alle bekannten Mandatsträger/innen, die Mitglieder der LINKEN sind oder über (Bündnis-)Listen der LINKEN gewählt wurden.

Regionalversammlung Stuttgart
Wolfgang Hoepfner (Wolfgang.Hoepfner@region-stuttgart.org), Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org), Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de)

Kreistage
BIBERACH: Ulrich Widmann (ulidwidmann@aol.com); **BÖBLINGEN:** Markus Arnold (markus.arnold.bb@gmx.de), Norbert Fübinger (nfuessinger@web.de), Brigitte Ostmeyer (brigitte.ostmeyer@die-linke.de); **BODENSEE:** Roberto Salerno (roberto.salerno@gmx.de), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ESSLINGEN:** Peter Rauscher (p.rauscher@ntz.de), Jochen Findeisen (attacnt@yahoo.de), Reinhold Riedel (reinhold.riedel@tele2.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de); **HEILBRONN:** Johannes Müllerschön (johmuellerschoen@nexgo), Florian Vollert (florian.vollert@gmx.de); **HOHENLOHE:** Ernst Kern (ernstkern@gmx.de); **KARLSRUHE:** Jürgen Creutzmann (creutzmannjuergen@web.de); **KONSTANZ:** Marco Radojevic (marco.radojevic@gmx.de), Hans-Peter Koch (hpk.kn@t-online.de); **LUDWIGSBURG:** Hans-Jürgen Kemmerle (kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de), Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de), Walter Kubach (walter.kubach@t-online.de), Annegret Jeziorski (taz_anne2003@yahoo.de); **MAIN-TAUBER:** Rolf Grüning (rechtsanwalt-gruening@t-

online.de); **ORTENAU:** Andreas Kirchgeßner (solylibertad@web.de), Lukas OBwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de); **OSTALB:** Veronika Stossun (stossun@online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **RAVENSBURG:** Till Bastian (t.bastian@klinik-wollmarshoehe.de), Wolfgang Nippe (nippe@posteo.de); **REMS-MURR:** Stephan Kober (st.kober@arcor.de), Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **REUTLINGEN:** Petra Braun-Seitz (p.braunseitz@t-online.de), Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de); **RHEIN-NECKAR:** Edgar Wunder (mail@edgarwunder.de), Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Detlef Gräser (d.graeser@web.de), Mandy Vacklahovsky (vacklahovsky@gmail.com); **TÜBINGEN:** Bernhard Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Margit Paal (maggie@lu15.de), Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Gisela Kehrer-Bleicher (kehrer-bleicher@t-online.de); **WALDSHUT:** Norbert Portele (portelegreiner@t-online.de); **ZOLLERNALB:** Andreas Hauser (a.u.t.hauser@t-online.de)

Stadt- und Gemeinderäte

AALEN: Roland Hamm (roland.hamm@gmx.de), Cora Berreth (coraberreth@gmx.de); **BAD SÄCKINGEN:** Angelo de Rosa (2066@freenet.de); **BIBERACH:** Ralph Heidenreich (ralph@ralph-heidenreich.de); **BRAUCKENHEIM:** Volker Bohn (volker.bohn@die-linke-heilbronn.de); **BRETTEN:** Hermann Fülberth (h.fuelberth@gmx.de); **BRUCHSAL:** Thurid Feldmann (info@thurid-feldmann.de); **FELLBACH:** Christian Hinrichsen (christian.hinrichsen@dielinke-rems-murr.de); **ESSLINGEN:** Werner Bolzhäuser (kulturamrande@kulturamrande.de), Tobias Hardt (tobiashardt@web.de); **FREIBURG:** Michael Moos (michael.moos@linke-liste-freiburg.de), Hendrikk Guzzoni (hst.guzzoni@web.de), Ulrike Schubert (ulmischubert@gmx.de), Lothar Schuchmann (lothar_schuchmann@gmx.de); **FRIEDRICHSHAFEN:** Josef Mayer (seppmayer@buchholz6.de); **GEISLINGEN:** Holger Schrag (holger.schrag@sch-it.de); **GÖPPINGEN:** Christian Staehle (Stadtrat-Staehle@gmx.de), Hüsnyüye Yalcinkaya; **HEIDELBERG:** Sahra Mirow (sahramirow@googlemail.com), Bernd Zieger (ziegerb@t-online.de); **HEIDENHEIM,** Horst Mack (horst.mack@linke-heidenheim.de), Norbert Fandrich (lisa.fandrich@t-online.de); **HEILBRONN:** Bettina Michaelis (bttm.michaelis@googlemail.com), Hasso Ehinger (ehinger.hasso@web.de); **KARLSRUHE:** Nikolaos Fostiropoulos (niko@fostiropoulos.de), Sabine Zürn (sabinez@viacanal.de); **KONSTANZ:** Holger Reile (h.reile@see-moz.de), Anke Andrea Schwede (anke.schwede@polyma.com); **KORNWESTHEIM:** Friedhelm Hoffmann (Friedhelm.Hoffmann@region-stuttgart.org); **LAHR:** Lukas OBwald (lukas.forstarbeiten@gmx.de), Sonja Rehm (sonja.kucha@googlemail.com); **LEONBERG:** Gitte Hutter (lalunahug@web.de); **LÖRRACH:** Mateo Di Prima (m.diprima@web.de); **LUDWIGSBURG:** Oliver Kube (oli.kube@web.de), Claudia Dziubas (claudidz@yahoo.de); **MANNHEIM:** Thomas Trüper (thomas.trueper@mannheim.de), Gökyak Akbulut (goekayakbulut@gmail.com), Julien Ferrat (julien.ferrat@yahoo.de); **PFORZHEIM:** Claus Spohn (claus.spohn@online.de), Peter Pfeiffelmann (info@dielinke-pforzheim.de); **REUTLINGEN:** Thomas Ziegler (ziegler.rae@gmx.de), Jessica Tatti (jessica.tatti@gmx.de); **ROTTENBURG AM NECKAR:** Emanuel Peter (emanuelpeter@gmx.de), Christian Hörburger (hoer.obernau@t-online.de), **SCHWÄBISCH GMÜND:** Sebastian Fritz (seba_fritz8@web.de), Hubert Buchstaller (chirurgie-buch@t-online.de), Cynthia Schneider (cynthiaschneider24@gmail.com); **SINDELFINGEN:** Richard Pitterle (richard.pitterle@linke-bb.de), Margarete Mohr (peggy_mohr@gmx.de); **SIPPLINGEN:** Manuel Müller (mueller.sipplingen@gmx.de); **STUTTGART:** Thomas Adler (tomadler@01019freenet.de), Laura-Zarita Halding-Hoppenreit (lauraskingsclub@aol.com), Christoph Ozasek (Christoph.Ozasek@region-stuttgart.org); **TÜBINGEN:** Gerlinde Strasdeit (strasdeit@t-online.de), Gotthilf Lorch (gotthilf.lorch@amici-tue.de), Gitta Rosenkranz (gh.rosenkranz@googlemail.com), Felix Schreiber (felix.s@hotmail.de); **ÜBERLINGEN:** Monika Behl (monikabehl@gmx.net), Roland Biniossek (roland.biniossek@arcor.de); **ULM:** Uwe Peiker (uwe.peiker@t-online.de), Doris Schiele (dorisschiele@gmx.net); **VAIHINGEN AN DER ENZ:** Peter Schimke (peter.schimke@gmx.de) **WEINHEIM:** Carsten Labudda (carsten.labudda@dielinke-rhein-neckar.de), Matthias Hördt (mhoerdt@gmx.net); **WALDSHUT-TIENGEN:** Paul Klahn (paulhklahn@gmx.net)



Politik: Bernd Riexinger, Parteichef der Linken, besucht Wohngruppe für jugendliche Flüchtlinge und Bombardier-Standort

Arbeit mit Flüchtlingen „vorbildlich“

Politik von der Ladefläche eines Lasters herunter – für Bernd Riexinger nicht Neues: Der Parteichef der Linken lässt derzeit durchs Land, auf dem Weg der gestern vor dem Hauptbahnhof, wo die Partei auf die prekären Lebens- und Arbeitsverhältnisse von immer mehr Menschen aufmerksam machen wollte, gehörte selbst bei der Hitze derzeit zum politischen Tagesgeschäft.



Was er gesehen hat von der Stadt, habe ihn beeindruckt, sagte der Linke-Chef. Die Zahl der Flüchtlinge zu bewältigen und die Menschen unterzubringen nach ihrem Aufenthalt in der LEA, ist für die Mitarbeiter dort eine echte Herausforderung. Die vorhandenen Strukturen dafür hätten hinterher, davon habe er sich überzeugen können. „Die Politik hat schlicht nicht rechtzeitig auf die

„Eine Stimme für prekär Beschäftigte“

MAN-TAUBER-KREIS. Für die Linken im Kreis war es der Wahlkampfplatz für die kommenden Landtagswahl. Der Bundesvorsitzende Bernd Riexinger war in Gestalt der Fraktion in Tauberhimmelheim. Riexinger ist der Spitzenkandidat der Linken bei der Landtagswahl 2016 an. Er ist gerade auf einer Sommer-tour durchs Land.

Die in Aalen. Der gebürtige Lenninger hat einen Schulabschluss für ungenügend und einen Hilfsvertrag. Bei Arbeitslosigkeit, um die Vernetzung wieder aufzubauen. Das wird seiner Meinung nach die wichtigste Lösung, auch für den staatlichen Steuerzahler.



„Brauchen einen Neustart für Europa“

Redaktionsbesuch Bernd Riexinger, Linke-Chef, über Griechenland und die Angst vor einem Scheitern

Herr Riexinger, was ist nicht Politiker der Linken in Deutschland, sondern der Syrien in Griechenland wären, während Europa wieder Sie einschlagen?



nicht begreifen können. Man schaut einfach das System der Schuldenlast, dass dann immer noch zugehen, dass alle noch Angst haben, eine falsche Politik gemacht haben. Die Linke war die einzige Partei, die die Konsequenzen abgelehnt hat. Wir sagen auch jetzt, wir haben nicht das Geld, sondern sagt dafür, dass Griechenland sich wirtschaftlich erholt.

„Roter Farbtupfer in der grauen Parlamentslandschaft“

Herrenberg: Linke-Vorsitzender Bernd Riexinger spricht über Griechenland, Flüchtlinge und soziale Gerechtigkeit

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Linken und Spitzenkandidat der Partei bei der Wahl des Baden-Württembergischen Landtags 2016, und der Bundestagsabgeordnete Richard Pätzold, diskutieren mit Journalisten zu aktuellen politischen Themen und der Wahlkampf.



Es ist ein, mit der Möglichkeit, ein ganz neues Aufleben. Das hat schon die historische Erfahrung und die Linke ein Konzept angenommen. Man hat die Linke als Partei der „Linken“ gesehen und als Sprecher für soziale Gerechtigkeit. In der Vergangenheit war es ein ganz bestimmtes Thema.

»Wir gehen nicht mit der CDU ins Bett«

Bernd Riexinger will von enttäuschten Grünen- und SPD-Wählern profitieren / Einzig die Linkspartei steht für einen Politikwechsel

Überdies: Trübt man die alle Linke kontrolliert? Dank dem... (Text partially obscured)



Ich stimme, wirtschaftliche Alternativen zu dem Programm der CDU anzugehen, ist es ein wirtschaftlicher Planer. Die Linke will sich nicht in die CDU einmischen, sondern will ein eigenes Programm aufstellen. Die Linke will sich nicht in die CDU einmischen, sondern will ein eigenes Programm aufstellen.

Linker hofft auf weitere Politiker am Werkstor

Oberstenfeld Bernd Riexinger findet Abläufe bei Wertzoll unfassbar. Von Frank Wittmer

Die Linke hat die Möglichkeit, ein ganz neues Aufleben zu finden. Das hat schon die historische Erfahrung und die Linke ein Konzept angenommen. Man hat die Linke als Partei der „Linken“ gesehen und als Sprecher für soziale Gerechtigkeit.



Angst um die Klinikpflege

Linke-Bundesvorsitzender Bernd Riexinger warnt vor geplante Krankheitsangelegenheiten

Angst um die Klinikpflege. Bernd Riexinger warnt vor geplanten Krankheitsangelegenheiten.



Relea-Linder kandidiert für den Landtag

22-Jähriger geht für die Linkspartei im Wahlkreis Grund an den Start – Riexinger stellt Wahlprogramm vor

Alexander Relea-Linder tritt als Kandidat für die Linke im Wahlkreis Grund an den Start. Riexinger stellt Wahlprogramm vor.



Bernd Riexinger kommt in die Stadt

REUTLINGEN. Der Bundesvorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, besucht am Donnerstag, 16. Juli, Reutlingen. Im Rahmen der Linken-Kampagne.

Reutlingen. Der Bundesvorsitzende der Linken, Bernd Riexinger, besucht am Donnerstag, 16. Juli, Reutlingen. Im Rahmen der Linken-Kampagne.



Badische Zeitung

Parteichef kommt zur Gründungsfeier

In Grenzach-Wyhlen gründet Die Linke den Ortsverein Hochrhein, dem Salvatore Carnabà vorsteht / Besuch von Bernd Riexinger



Die Linke sucht Aufmerksamkeit. Die Oberbadische, 19.07.2015 23:02 Uhr

Badische Zeitung

„Uns geht es nicht um Ministerposten“

BZ-INTERVIEW mit Linke-Chef und Südwest-Spitzenkandidat über Machtpositionen in Berlin und Stuttgart.



THEMEN DES TAGES 3

„Messer am Hals“

Bernd Riexinger, Vorsitzender der Linken, über das Hilfspaket für Griechenland und das Vorgehen der Europäer. Aber es war doch nicht allein Deutschland, das diese Auflagen wollte, sondern auch Euro-Partner wie Litauen und Slowakei.

Sommertour 2015

mit Bernd Riexinger und unseren Bundestagsabgeordneten durchs ganze Land...

■ Befristung und Leiharbeit stoppen! ■ Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV! ■ Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst! ■ Wohnung und Energie bezahlbar machen! ■ Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit!

DIE LINKE.

www.das-muss-drin-sein.de